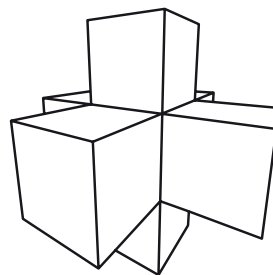


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda	21
Kopf des Monats	2	Anlässe	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel	22

29. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Wachsende Schweiz

Die schweizerische Steuerpolitik wird zurzeit heftig diskutiert. FDP-Präsident Fulvio Pelli zeigt auf, wie fundamental sich die Modelle von FDP und SP unterscheiden.

Seite 3

Konsequente Energiepolitik

Die drohende Stromknappheit, teurere fossile Energie und der Klima-Bericht der Uno haben das Thema Energie wieder ganz oben auf die Traktandenliste gesetzt. Die FDP hat bereits im vergangenen Oktober eine umfassende und konsequente Energiepolitik verabschiedet. Ähnliche Konsequenz vermisst man bei Links-Grün, denn ausgerechnet dort verstrickt man sich in dieser Frage in Widersprüche.

Seite 7

Einheitskasse

Der Handlungsbedarf, besonders im ambulanten und stationären Spitalbereich, bei den Leistungserbringern sowie bei den Medikamenten ist sehr gross. So wird denn auch die gesundheitspolitische Landschaft dazu genutzt, um untaugliche und die Qualität unseres Gesundheitssystems gefährdende Volksinitiativen ins Feld zu führen. Eine Einheitskasse würde weder eine sozialere Finanzierung noch tiefere Verwaltungskosten mit sich bringen. Die FDP fordert für die Abstimmung am 11. März ein klares «NEIN»!

Seite 21



Sabine Pegoraro und Adrian Ballmer strahlten um die Wette.

(Bild: Keystone)

Wahlauftakt ist geglückt!

Die Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft hat der FDP das Vertrauen ausgesprochen. Regierungsrat Adrian Ballmer wurde mit einem Glanzresultat wiedergewählt und auch Regierungsrätin Sabine Pegoraro schaffte die Wiederwahl trotz der Kampagne gegen ihre Person problemlos.

Im Landrat konnte die FDP einen Sitz dazugewinnen. Der Auftakt ins Wahljahr ist für die FDP also geglückt. Das Resultat der FDP im Kanton Basel-Landschaft ist eine Fortsetzung der Wahlerfolge im ver-

gangenen Jahr (z. B. Wahlen in Zug und Graubünden, Regierungsratswahlen im Jura). Die beiden FDP-Regierungsglieder wurden glanzvoll wiedergewählt. Insbesondere nach der Kampagne gegen Regie-

rungsrätin Sabine Pegoraro durfte dies nicht erwartet werden. Die Bevölkerung liess sich durch die Kampagne aber nicht beirren und hat Pegoraros Leistungsausweis beurteilt und bestätigt.

Seite 5

Die wachsende Schweiz und der Staat

Die Natur bewirkt Wachstum durch Anreize. Der Liberalismus auch.

An der letzten DV haben wir ein Bekenntnis zur wachsenden Schweiz abgegeben. Wachstum ist ein Naturprinzip. Hinter dem Arten- und Formenreichtum verbirgt sich das Zusammenspiel vom genetischen Netzwerk und äusseren Signalen (wie Licht und Temperatur). Signale und Anreize sind entscheidend fürs Auslösen und für die Qualität des Wachstums. Wo diese fehlen, findet zu schwaches Wachstum statt. Bei zu starken Anreizen kommt es demgegenüber zu Wucher oder zu Missbildungen.

Wenn Wachstum offensichtlich in der Natur bei guten Anreizen besser gedeiht, warum soll dies nicht auch für den wirtschaftenden Menschen gelten? Unsere liberale These lautet, dass Menschen und mit ihnen die Wirtschaft durch ein gutes Umfeld zu eigenem Wachstum animiert werden. Der Staat organisiert und generiert jedoch das Wachstum nicht anstelle des Menschen selber, weil es dann – um beim Bild aus der Natur zu bleiben – zu schwach ausfällt oder Wuche-



Hans-Rudolf Merz

rungen oder Missbildungen provoziert.

Denn alles staatliche Geld muss zuerst anderswo abgezogen werden, wo es wohl mindestens so innovativ und produktiv eingesetzt worden wäre. Staatliches Wachstum kann es punkto Nachhaltigkeit nicht mit dem Wirtschaftswachstum aufnehmen. Denn staatliche Investitionen erzielen im Verhältnis zu privaten nicht durchwegs dieselben volkswirtschaftlichen Effekte. Wachstum heisst demnach nicht

primär staatliches Geldausgeben. So weiss ich aus der Bundeskasse, dass bald bei jedem Bahnprojekt nicht nur die Investitionskosten nie zurückgezahlt werden, sondern selbst die Betriebskosten durch die Fahrpreise nie gedeckt werden können. Schliesslich verfügt die Wirtschaft bei geringerer Steuerlast (auch ein Anreiz!) über längere Spiesse. Dies bedeutet, dass der Staat nicht alles kann und dass er den Mut zur Lücke haben muss.

Stattdessen soll und kann der Staat:

- Anreize schaffen (wie die Wiedereingliederungsmassnahmen der 5. IV-Revision).
- Fehlanreize eliminieren (wie bei den Finanzflüssen im Staat dank NFA oder beim Abbau der Heiratsstrafe).
- Regulierungen vereinfachen (damit der Behördenverkehr möglichst ohne fremde Hilfe bewältigt werden kann).
- Formelle (nicht jedoch materielle) Harmonisierungen vornehmen (z. B. bei Bestimmungen zum Bau oder bei Rechtsverfahren).

– Den Wettbewerb beaufsichtigen (als Signal an die Akteure, dass sich Schweiss lohnt; schwarze Schafe werden aus dem Verkehr gezogen).

Unser Liberalismus lebt von Anreizen. Er gibt uns Menschen die Motive für unsere Entfaltung: für die Familie, den Beruf, die Kultur, das Sozialverhalten.

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Andreas Faller, Wahlkampfleiter FDP BL

Die FDP BL konnte an ihrem Wahlwochenende feiern. Regierungsrat Adrian Ballmer und Regierungsrätin Sabine Pegoraro wurden beide wiedergewählt. Im Landrat konnten die Freisinnigen sogar einen Sitz dazugewinnen. Um ein solches Wahlergebnis zu erreichen, braucht es gute Kandidatinnen und Kandidaten und einen gut organisierten Wahlkampf. Die FDP BL besteht aus vielen Köpfen, die zu diesem Wahlsieg beigetragen haben – einem von ihnen verleihen wir den Titel «Kopf des Monats», Wahlkampfleiter Andreas Faller.



**Andreas Faller,
der Kopf des Monats März.**

Geit's no?

Die Europäische Union hat die Schweiz wegen ihres föderalistischen Steuersystems und wegen ihres Steuerwettbewerbs kritisiert. Die von der EU ins Feld geführte Kritik an der schweizerischen Steuerpolitik ist aber nicht stichhaltig. Dass das aktive Standortmarketing der Schweiz für Unternehmen der EU ein Dorn im Auge ist, ist zwar verständlich. Nicht zu tolerieren ist aber, dass die EU aufgrund eigener Versäumnisse immer wieder versucht, sich in die Angelegenheiten der Schweiz einzumischen. Die Schweiz ist an einer guten Zusammenarbeit mit der EU sehr interes-

siert, hat dies wiederholt bewiesen und wird dies auch in Zukunft beweisen. Ein solches Interesse müsste auch seitens der EU bestehen. Es ist unbegreiflich, dass Brüssel mit wiederholten Angriffen auf das schweizerische Steuersystem diese guten Beziehungen aufs Spiel setzt. Geit's no?

Arbeitsplätze und Wohlstand dank tiefer Steuerbelastung

Steuern sind dazu da, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Diese Steuern sind aber möglichst tief zu bemessen, damit die Bürger und die Unternehmen ihr Geld nicht dem Staat abliefern müssen, sondern nach eigenem Ermessen investieren können. Für diese Rahmenbedingungen setzt sich die FDP ein. Es ist ein Einsatz gegen die Linke, welche die Steuerspirale permanent nach oben drehen will.



Fulvio Pelli

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Tiefe Steuern und die Gewissheit, dass die Steuergelder sinnvoll und effizient eingesetzt werden, beeinflussen die Standortqualität. Zurzeit wird die Steuerpolitik auf verschiedenen Feldern diskutiert (siehe Kasten). Dabei lässt sich vor allem eines feststellen: Die Linke wehrt sich gegen wachstumsfördernde Steuererleichterungen und will den Staat weiter aufblähen. Dagegen müssen wir Liberalen uns zur Wehr setzen, denn der umgekehrte Weg ist einzuschlagen: Wir müssen dafür sorgen, dass die Staats-, Fiskal- und Sozialquote längerfristig sinken, damit bei jedem und jeder wieder mehr im Portemonnaie zur freien Verfügung bleibt.

Linkes Eigentor

Mit ihrer Opposition gegen die laufende Unternehmenssteuerreform (USR II) zeigt die Linke exemplarisch, was sie eigentlich vorhat: wer etwas leistet, Erfolg hat und dadurch Geld verdient, soll dieses so rasch als möglich wieder abgeben. Leistung ist der Linken suspekt. Dass die Linke mit ihrer Ablehnung der Unternehmenssteuerreform die völlig Falschen trifft, nimmt sie in Kauf. Hauptsache sie kann weiter von sich behaupten, gegen jegliche Steuererleichterung gekämpft zu haben. Gerade bei der USR II ist dies völlig verkehrt. Heute wird der Unternehmensgewinn zweimal besteuert: einmal beim Unternehmen selbst und ein zweites Mal bei der Besteuerung der Aktien-Dividende. Die Unternehmenssteuerreform will diese Doppelbesteuerung vermindern, und zwar für jene, welche am Unternehmen einen grossen Anteil besitzen. Profitieren werden also Inhaber von KMUs. Diese werden die frei werdenden Mittel wieder ins Unternehmen investieren und damit zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Dass die Linke dies bekämpft, ist paradox.

Steuerpolitik auf kurze und lange Frist

Die FDP kämpft bei der Ehepaarbesteuerung und mit Easy Swiss Tax für Vereinfachungen im Steuersystem und die Minderung der Steuerlast der Bürgerinnen und Bürgern. Beide Projekte sind kurzfristig zu realisieren. Kurzfristig umzusetzen ist auch die Reform der

Mehrwertsteuer. Der Vorschriften-Dschungel muss hier gelichtet werden, damit der administrative Aufwand zur korrekten Abrechnung der Mehrwertsteuer sinkt.

Langfristig müssen wir Überlegungen zum Gesamt-Steuersystem anstellen. Wäre es beispielsweise nicht sinnvoll, mindestens auf Bundesebene die Arbeit – also die Leistung – steuerlich zu entlasten und dafür den Konsum (auch jenen von

Energie) zu belasten? Die entsprechenden Modelle sind zu entwickeln und auf ihre Auswirkungen hin zu prüfen. Diese breit zu führende Diskussion wird aber ihre Zeit benötigen.

Anstehende Themen in der Steuerpolitik

Unternehmenssteuerreform II

Die Entlastung bei der Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinn und Dividende ist eine wichtige Massnahme zugunsten kleiner und mittelgrosser Betriebe.

Reform der Mehrwertsteuer

Mit dieser Reform sollen administrative Hürden und undurchschaubare Abläufe beseitigt werden. Die Mehrwertsteuer soll einfacher werden. Davon profitieren alle.

Ehepaarbesteuerung

Die Einführung der Individualbesteuerung schafft Steuergerechtigkeit und beseitigt die Heiratsstrafe vollständig.

Easy Swiss Tax

Dieses System führt zu einer radikalen Vereinfachung der Steuererklärung und macht die Steuererklärung transparenter.

Erhalt des Steuerwettbewerbs

Steuerwettbewerb innerhalb der Schweiz und im Verhältnis zum Ausland sorgt dafür, dass Steuergelder effizient eingesetzt werden und die Steuern dadurch tief bleiben.

Programm Delegiertenversammlung FDP Schweiz in Winterthur

Samstag, 31. 3. 2007

- 10.15 Begrüssung
Ansprache des Parteipräsidenten
- Gerechte Schweiz**
Vorstellung der Grundideen
Podiumsdiskussion
Präsentation der Fragestellungen
Abstimmung
- 5. IV-Revision**
Parolenfassung
- 14.15 Ende der DV

FDP Schweiz International

Auslandsschweizer-Preis 2007

Am Freitag, 30. März 2007, findet in den Gebäuden der Winterthur-Versicherungen bereits zum sechsten Mal die Verleihung des Auslandsschweizer-Preises statt.

Mit dieser Auszeichnung ehrt die FDP Schweiz International auch dieses Jahr eine Persönlichkeit, die sich in besonderem Masse als Auslandsschweizerin oder Auslandsschweizer verdient gemacht hat. Wir haben zudem die Ehre, Frau Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist mit dem Referat «Die fünfte Schweiz – oder weshalb Bundesbern traditionsverbundene Weltbürger braucht» an der Preisverleihung begrüssen zu können.

Programm:

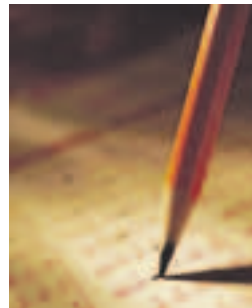
- 18.00 **Begrüssung der Gäste**
Nationalrat Markus Hutter,
Präsident der FDP Schweiz International
- 18.05 **Musikalisches Intermezzo**
Les Confitures
- 18.10 **Präsentation der Eingaben durch die Jury**
- 18.15 **Preisverleihung**
Nationalrat Markus Hutter
- 18.30 **Laudatio durch Rosemarie Keller, Schriftstellerin**
- 18.50 **Musikalisches Intermezzo**
Les Confitures
- 19.00 **Gastreferat von Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist**
«Die fünfte Schweiz – oder weshalb Bundesbern traditionsverbundene Weltbürger braucht»
- 19.20 **Verabschiedung**
Nationalrat Markus Hutter
- 19.25 Gemeinsamer Aperitif

Die Einladung und das Programm wird der GL und der PPK verschickt. Die FDP Schweiz International freut sich auf ein zahlreiches Erscheinen.

Wahlkampf Ausbildung

Lust auf Wahlkampf!

Kandidat/innen-Ausbildung der FDP Schweiz



Die FDP Schweiz bietet ein umfassendes Ausbildungsprogramm für Kandidierende, Wahlkampfleiter usw., die sich optimal auf den Wahlkampf vorbereiten wollen. Sie lernen, wie der eigene Wahlkampf organisiert und geführt werden kann, wie Sie die zentralen Botschaften im Wahlkampf unter die Leute bringen und wie Sie optimal in den Medien auftreten. Die Ausbildung ist modular, und alle Module können einzeln belegt werden. Die Kurse richten sich sowohl an Neu-Kandidierende als auch – im Sinne einer Auffrischung der Kenntnisse – an Wahlkampf-Erfahrene. Diese Ausbildung ist eine lohnende Investition in einen erfolgreichen Wahlkampf. Die Ausbildung umfasst zwei Teile:

1. Grundkurs, bestehend aus drei Modulen, die auch einzeln belegt werden können.
2. Argumentationskurse zu den strategischen Themen.

Ausbildungsdaten – Grundkurse

	Kurs A (Bern)	Kurs B (Luzern)	Kurs C (Winterthur)	
Persönlicher Wettkampf	10. April	22. Mai	25. Juni	Vormittag
Öffentlicher Auftritt	10. April	22. Mai	25. Juni	Nachmittag
Medientraining	11. April	23. Mai	26. Juni	ganzer Tag

Diese Module werden in einem 2-tägigen Block angeboten, können aber einzeln (und auch an unterschiedlichen Daten) belegt werden. Teilnehmende erhalten eine Kursbestätigung.

Ausbildungsdaten – Argumentationskurse

(Kursort: Bern)

Wachsende Schweiz			Die FDP-Gesundheitsverfassung
24. 4.	8. 6.	23. 8.	Vormittag
Wachsende Schweiz			Stärken stärken, Schwächen beheben
24. 4.	8. 6.	23. 8.	Schlanker Staat, effizienter Staat
24. 4.	8. 6.	23. 8.	Nachmittag
Intelligente Schweiz			Leistung muss sich lohnen
1. 5.	20. 6.	4. 9.	Forschungsmagnet
1. 5.	20. 6.	4. 9.	Vormittag
Offene Schweiz			Fördern und fordern
1. 5.	20. 6.	4. 9.	in der Integrationspolitik
1. 5.	20. 6.	4. 9.	Libérale Werte verteidigen
Gerechte Schweiz			Die neue 4-Generationen-Gesellschaft:
15. 5.	22. 6.	10. 9.	Gemeinsam erfolgreich leben
15. 5.	22. 6.	10. 9.	Vormittag
Wachsende Schweiz			Nachhaltige Energiepolitik
15. 5.	22. 6.	10. 9.	dank Innovation
15. 5.	22. 6.	10. 9.	Nachmittag

Informationen über Tel. 031 320 35 35 oder wahlen@fdp.ch

Baselland

Fulminanter Wahlsieg der FDP

Die beiden Regierungssitze glänzend und sicher verteidigt und im Landrat einen zusätzlichen Sitz gewonnen. Die Baselbieter FDP hat das Wahljahr 2007 erfolgreich eingeläutet.



Sabine Pegoraro war sichtlich erleichtert und erfreut.

Die Baselbieter Freisinnigen haben allen Grund zum Feiern. FDP-Regierungsrat Adrian Ballmer wurde mit dem Spitzenergebnis glanzvoll in seinem Amt bestätigt. Die im Vorfeld der Wahlen angegriffene Sabine Pegoraro wurde ebenfalls sicher wiedergewählt. Der Angriff der Linken auf das bürgerliche Viererticket (BüZa) schlug fehl. Dadurch muss sich die SP weiterhin mit einem von fünf Regierungssitzen begnügen.

In den Landratswahlen war die FDP ebenfalls erfolgreich. Dank einem Sitzgewinn wird die FDP-Fraktion künftig mit 20 Mitgliedern für eine liberale Politik im Baselbiet kämpfen können. Der Erfolg bei den ersten kantonalen Wahlen im Wahljahr 2007 zeigt, dass die Freisinnigen in Form sind und den eidgenössischen Wahlen im Herbst 07 mit Zuversicht entgegenblicken.

St. Gallen

Weniger ist mehr

Am 11. März kommt die FDP-Initiative zur Verkleinerung des Kantonsrates vors Stimmvolk.

«Weniger ist mehr!» – unter diesem Motto kämpft die FDP in einer Verfassungsinitiative für die Verkleinerung des Kantonsrates von 180 auf 120 Sitze. Bei Annahme der Initiative würde der Kantonsrat schneller, effizienter und vor allem günstiger arbeiten. Es winken Einsparungen von mindestens 600 000 Franken pro Jahr. Die FDP kämpft bei der Abstimmung vom 11. März gegen alle übrigen Parteien und ist dennoch siegesicher: In den Kantonen Aargau und Schaffhausen hat das Stimmvolk unlängst ähnliche FDP-Initiativen deutlich gutgeheissen.

Graubünden

DV mit Bundesrat Pascal Couchepin

Der hochkarätige Gast an der DV der FDP Graubünden stellte die Argumente gegen die Einheitskasse gleich selber dar.

Am 15. Februar 2007 haben die Delegierten der FDP Graubünden einstimmig die Nein-Parole zur Einheitskasse-Initiative beschlossen. Bundesrat Couchepin referierte über die Vorlage und konnte die Delegierten rasch überzeugen. Im weiteren Verlauf der Versammlung erläuterte Fraktionschef Rolf Hanimann die Strategie der FDP fürs Wahljahr 2007. Bei der traditionellen Ehrung eines verdienten Mitglieds der FDP Graubünden wurde zudem der 88-jährige Paolo Gir für seine wertvollen Verdienste ausgezeichnet. In seiner darauffolgenden Dankesrede nahm Paolo Gir Stellung zu seinen Grundprinzipien des Liberalismus.

Zürich

FDP stellt Kernforderungen zur Jugendgewalt

Die Zürcher FDP reagiert mit Kernforderungen auf die jüngsten Fälle von Jugendgewalt im Kanton Zürich.

Aufgrund der jüngsten Vorfälle im Kanton Zürich fordert die FDP, dass die Eltern vermehrt in die Verantwortung für das Tun und Lassen ihrer Kinder einbezogen werden müssen. Gleichzeitig soll mit mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum und mit Präventionskampagnen das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert werden. Bürgernahe Polizei- und Justizorgane sollen die bestehende Rechtsordnung konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen Sozialpartnerschaften mit Schulen, Sozialbehörden und privaten Anbietern ausgebaut werden, um die Jugendgewalt einzudämmen.

Luzern

Luzern blickt nach Nordwesten

Die Luzerner Regierung hat beschlossen, enger mit dem Kanton Aargau zusammenzuarbeiten, und kommt damit einer langjährigen Forderung der FDP nach.

Dass Luzern die längste Grenze mit dem nördlichen Nachbarkanton Aargau verbindet, ist nur ein Grund, weshalb die Regierung und die Luzerner Liberalen enger mit dem Aargau zusammenarbeiten wollen. Die bisherige Partnerschaft mit den Innerschweizer Kantonen war zu einseitig, da die Luzerner Zentrumslasten nicht vollständig abgegolten wurden und viele gute Steuerzahler Luzern in Richtung Schwyz, Zug oder Nidwalden verliessen. Mit dem Aargau soll nun über die Kantonsgrenzen hinaus liberale Anliegen realisiert werden, speziell im Bereich der Energiepolitik.

Persönlich

Herzlichen Dank, Annemarie Huber-Hotz!



Zum Rücktritt der ersten Bundeskanzlerin der Schweiz

Die FDP ist stolz auf die erste Bundeskanzlerin der Eidgenossenschaft und bedankt sich herzlich für ihren Einsatz zugunsten der Schweizerinnen und Schweizer. Annemarie Huber-Hotz hat sich voll und ganz in den Dienst der Schweiz gestellt und ihre Aufgabe mit Bravour erfüllt. Von der Nachfolgerin oder dem Nachfolger werden dieselben Qualitäten erwartet.

Annemarie Huber-Hotz ist die erste Bundeskanzlerin der Schweiz. Während ihrer acht Jahre als Bundeskanzlerin hat Annemarie Huber-Hotz ihre Aufgaben immer gewissenhaft, erfolgreich, unparteiisch, zielorientiert und mit effizienter Diskretion erfüllt. Unter ihrer Führung ist die Bundeskanzlei eine effiziente Stabsstelle des Bundesrats und trägt damit massgeblich zum Funktionieren des Landes bei. Für diesen Einsatz gebührt Annemarie Huber-Hotz ein herzlicher Dank. Die FDP ist stolz auf ihre Bundeskanzlerin.

Drei strategische Visionen für eine moderne Sicherheitspolitik

Auf dem Weg zu einer ausgebauten und modernisierten Armee



Didier Burkhalter

Von Didier Burkhalter,
Nationalrat NE

Mit welchen Risiken müssen wir in zehn Jahren rechnen? Heutige Bedrohungen sind komplexer, weniger sicht- und vorhersehbar und oft nicht an ein Territorium gebunden. Zudem lassen sich in- und externe sowie zivile und militärische Sicherheitsaspekte kaum mehr trennen. Die Staaten müssen ihre Kräfte im Rahmen einer umfassenden Prä-

ventions- und Stabilisierungsstrategie bündeln, um diesen neuen Bedrohungsformen begegnen zu können.

Auch die Schweiz muss diese Entwicklungen im Auge behalten und strategische Visionen entwickeln. Im Nachfolgenden werden drei Visionen vorgestellt, welche die Konsolidierung, Modernisierung und Weiterentwicklung der Armee beinhalten.

1. Mehrjährige Rüstungsprogramme auf der Grundlage einer aktualisierten sicherheitspolitischen Strategie

In einer parlamentarischen Initiative habe ich dem Bundesrat vorgeschlagen, künftig Rüstungsprogramme in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren zu beantragen. Diese sollen auf periodisch aktualisierten sicherheitspolitischen Grundlagen beruhen. Der Vorstoss hat erstens zum Ziel die finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Ar-

mee und soll deren Effizienz verbessern. Zweitens soll eine ganzheitliche Sicht der Rüstungspolitik gefördert werden, indem sich das Parlament mit den rüstungspolitischen Grundsatzfragen und der parlamentarischen Kontrolle und nicht mit Fragen der Typenwahl befasst. Drittens soll die Anpassungsfähigkeit an den technologischen Fortschritt sichergestellt und die Aufwuchsfähigkeit sichergestellt werden.

2. Modernisierung der Miliz

Die zweite Zukunftsvision besteht darin, die Miliz zu modernisieren, die Wehrpflicht zu stärken und den Realitäten anzupassen. Hierfür soll das Modell der Durchdiener, die ihren gesamten Militärdienst am Stück leisten, gestärkt werden.

Die FDP-Fraktion hat einen Vorstoss eingereicht, welcher die Erhöhung des maximalen Durchdienerbestands von 15 Prozent auf 30 Prozent verlangt, was einer Anzahl von 6000 Soldaten entspricht. Auf diese Art und Weise könnte die Schweizer Armee dem Milizprinzip treu bleiben und auf Bedrohungen rascher reagieren. So könnte beispielsweise die Bereitschaft im Bereich der Katastrophenhilfe erhöht werden. Das Durchdienermodell bringt zudem Vorteile für die Wirtschaft und die Dienstleistenden (Vereinbarkeit Beruf/Studium und Militär).

3. Strategie im Bereich der militärischen Friedensförderung entwickeln und umsetzen

Die dritte Zukunftsvision besteht darin, eine Strategie für die militärische Friedensförderung zu entwickeln und umzusetzen. Die Strategie sollte aussen-, entwicklungs-, sicherheits- und migrationspoliti-

sche Gesichtspunkte mit einbeziehen und eine bessere Abstimmung von zivilen und militärischen Massnahmen der Friedensförderung beinhalten. Friedensförderungseinsätze sind als Bestandteil einer modern verstandenen Verteidigungspolitik zu verstehen. Wir müssen aufhören, diese Einsätze als Konkurrenz für die anderen Armeeaufträge zu betrachten.

Friedensförderungstruppen müssen rasch einsatzbereit sein. Deshalb sollte der Bundesrat für kurzfristig und umfangmässig begrenzte Einsätze mehr Handlungsspielraum erhalten. Schliesslich sollte die Attraktivität der Friedensförderungseinsätze erhöht werden.

Zu guter Letzt möchte ich eine systematische Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU im Bereich der Sicherheitspolitik anregen. Ein Rahmenabkommen könnte hierfür das geeignete Instrument sein. Die Schweiz müsste sich weiterhin nicht verpflichten sich an Einsätzen zu beteiligen, sie würde aber die Chance erhalten, ihr sicherheitspolitisches Umfeld mitzugestalten.

Die Schweiz braucht auch nach dem Wegfall der Blockkonfrontation des Kalten Krieges eine starke und glaubwürdige Armee. Mit den hier vorgestellten Visionen können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Armee die Aufgaben meistern kann, denen sie sich heute und in Zukunft gegenüber sieht.



Chance des Monats

Fortschritte in der Sicherheitspolitik möglich

Obwohl Armeeevorlagen in der letzten Zeit einen schweren Stand hatten, sind die Chancen für Fortschritte in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik intakt. Zuversichtlich stimmt diesbezüglich, dass die SiK-S die Parlamentarische Initiative Burkhalter unterstützt, welche verlangt, dass Rüstungsprogramme in Zukunft in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren verabschiedet werden. Zudem bekräftigte die SiK-N ihren Beschluss, am Vorstoss der FDP-Fraktion festzuhalten, welche die Erhöhung des maximalen Anteils der Durchdiener auf 30 Prozent eines Rekrutenjahrgangs verlangt. Dem Parlament bieten sich in nächster Zeit mehrere Chancen, für eine moderne glaubwürdige Armee einzustehen. Die FDP wird sich mit aller Kraft für eine Konsolidierung, Modernisierung und Weiterentwicklung der Armee einsetzen.

Konsequente Energiepolitik zugunsten der Versorgungssicherheit und des Klimas

Die drohende Stromknappheit, teurere fossile Energie und der Klima-Bericht der Uno haben das Thema Energie wieder ganz oben auf die Traktandenliste gesetzt. Die FDP hat bereits im vergangenen Oktober eine umfassende und konsequente Energiepolitik verabschiedet. Ähnliche Konsequenz vermisst man bei Links-Grün, denn ausgerechnet dort verstrickt man sich in dieser Frage in Widersprüche.



Erika Forster

Von Erika Forster, Ständerätin SG

In der Energie- und Klimapolitik werden immer wieder zwei fundamentale Fehler gemacht: Erstens werden einfache Patentrezepte, welche sich gut anhören, in den Medien und in der Folge in der Öffentlichkeit besser bewertet also solche, die ausgewogen und machbar sind und trotzdem einen hohen Nutzen bringen. Zweitens führen Tagesereignisse, Studien und Konferenzen zu diesem Thema zwar zu einem Hyper-Aktivismus, bleiben indes meist ohne Nachhaltigkeit. Die

FDP hat deshalb Grundsätze für die Nachhaltigkeit bei Energieverbrauch und Energieproduktion aufgestellt.

Weniger, effizienter und umweltschonend

Die freisinnige Energiepolitik steht auf vier Pfeilern:

1. Weniger verbrauchen. Hier kommt eine Vielzahl energetischer Massnahmen in Frage, die wir unterstützen.

2. Lenkungsabgaben als Anreizsysteme zu sparsamem Verbrauch einführen. Die CO₂-Abgabe und der Klimarappen sind klassische Beispiele dafür.

3. Effizienter produzieren. Die neuen technischen Möglichkeiten müssen genutzt werden, damit in bestehenden Anlagen (z. B. Wasserkraftwerken) mehr Energie gewonnen werden kann.

4. Umweltschonend produzieren. Die benötigte Energie muss umweltschonend gewonnen werden. Dies bedeutet, dass die Schweiz auf Wasserkraft, auf neue erneuerbare Energien und – zur Deckung des Restbedarfs – auf Kernenergie setzen muss. Gross-Gaskraftwerke, die enorme Mengen von CO₂ ausstossen, müssen in jedem Fall verhindert werden.

Im Bereich der oben gestreiften technischen Massnahmen eröffnet sich der Schweiz eine zusätzliche Chance: Angesichts des bestehenden technischen Know-hows kann die Schweiz in diesem Bereich eine weltweit führende Rolle übernehmen. Das schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

Widersprüche bei Links-Grün

Zu weit entfernt von der Realität sind die Hauptforderungen der SP und der Grünen. Die SP will beispielsweise Windenergie aus der Nordsee importieren, eine Idee, welche sich zwar gut anhört, aber praktisch nie realisierbar sein wird. Und die Grünen fordern den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von 10 Jahren und träumen von der 2000-Watt-Gesellschaft und der Energieversorgung zu 100% aus erneuerbarer Energie. Gleichzeitig verhindern beide Parteien gemeinsam die verstärkte Nutzung der Wasserkraft und die SP ist bereit, Gross-Gaskraftwerke zu bauen

und damit Millionen Tonnen CO₂ zu verursachen, nur um auf Kernenergie verzichten zu können. Diese Beispiele zeigen, dass Links-Grün die Energie- und Klimapolitik nicht nach ihrer Wirkung, sondern nach ideologischen Kriterien beurteilt. Dieser Ideologie treten wir mit einer wirksamen und konsequenten liberalen Politik entgegen.

Aktuelle Vorstösse der FDP-Fraktion zur Energiepolitik:

06.3689 Mo. Freisinnig-demokratische Fraktion (Fraktion RL): Bundesrat und Elektrizitätswirtschaft. Notwendige Zusammenarbeit

06.3688 Ip. Freisinnig-demokratische Fraktion (Fraktion RL): Energiepolitik des Bundesrates

06.3687 Mo. Freisinnig-demokratische Fraktion (Fraktion RL): CO₂-arme Schliessung der Stromversorgungslücke

06.3679 Po. Freisinnig-demokratische Fraktion (Fraktion RL): Energie als Kernthema der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit

06.3835 Mo. Theiler: Forschungsprogramm tiefe Geothermie

06.3747 Mo. Schweizer: Förderung der Wärmepumpenforschung

Das Energie-Papier der FDP: www.fdp.ch/positionspapiere

Einheitskrankenkasse – Nein

Auf den ersten Blick scheint eine Einheitskasse eine valable Lösung zu sein – bei näherem Studium der Fakten aber komme ich zum Schluss, dass es wirklich nur eine Scheinlösung ist, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Initianten lassen den Stimmbürger im Ungewissen, wie die Mehrkosten von 20 Milliarden Franken (entspricht ca. 40% des Bundeshaushaltes in einem Jahr) finanziert werden müssen.

- Die Krankenkassenprämien würden durch eine sogenannte Gesundheitssteuer ersetzt, was heisst, dass neu ca. 15% des steuerbaren Einkommens als Krankenkassenprämien eingesetzt werden müssten. Dies würde zu einer Mehrbelastung der mittleren Einkommen führen, wobei die Initianten vorgaukeln, ebendiese Bevölkerungsschicht entlasten zu wollen. Mit dem heutigen System profitiert schon rund ein Drittel unserer Bevölkerung von den individuellen Prämienverbilligungen, da überdies 40% der Grundversorgung durch Steuern finanziert wird.

- Die heutigen Krankenkassen (87) würden durch eine einzige Krankenkasse ersetzt. Da eine Einheitskasse einer Monopolstellung gleichzusetzen ist, fällt eine Vergleichbarkeit der Prämien bei der Konkurrenz dahin. Eine solche Einheitskasse eliminiert alle Sparanreize und kurbelt die Kostenspirale noch an.

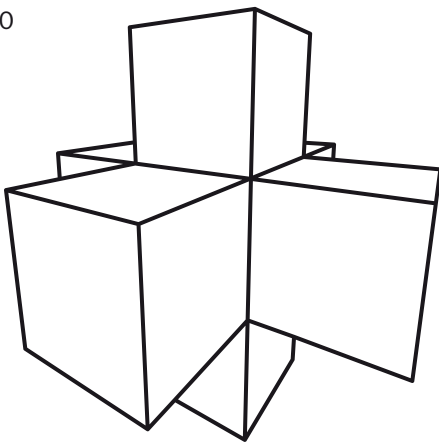
- Ein solch radikaler Systemwechsel wäre zudem mit hohen administrativen Kosten (durch den Prämienzahler finanzierbar) verbunden, ganz abgesehen davon, dass die Initianten überhaupt keinen Lösungsansatz anzubieten haben, was mit den ca. 10 000 Mitarbeitenden bei den heutigen Krankenkassen geschehen soll. Wie viele davon arbeitslos würden, kann im heutigen Zeitpunkt nicht annähernd beziffert werden. Klar ist einzig, dass nur ein geringer Teil der Arbeitnehmer bei einer Einheitskasse weiterbeschäftigt werden könnte. Dies würde vor allem die Sektionen und Agenturen in Randregionen zusätzlich treffen.

Wollen wir wirklich durch eine Annahme dieser Initiative einem Qualitäts- und Leistungsabbau Vorschub leisten und ein System, um das uns viele Staaten beneiden, abschaffen? Die Antwort ist ein klares NEIN!

Erika Burkhalter, Zufikon

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
300 Bern
gnaegi@fdp.ch



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung

Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 Stk.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Anzeige

**EINE SOLIDARITÄTS-
PATENSCHAFT**
für die Zukunft der Kinder



Terre des hommes

021/654 66 66

**Terre des hommes, En Budron C8,
1052 Le Mont-sur-Lausanne**
Fax 021/654 66 77 • E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - www.tdh.ch

Wachsende Schweiz

Das UVEK war zu lange untätig!

Die FDP-Fraktion verlangte erfolgreich in der Frühjahrssession der Eidgenössischen Räte angesichts der drohenden Stromlücke eine dringliche Debatte zur sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung. Es muss festgestellt werden, dass sowohl das zuständige Bundesamt als auch das Departement dieses Thema viel zu lange vor sich hergeschoben haben.

Die Schweiz braucht eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung – beides ist bedroht. Nun müssen möglichst rasch die Weichen gestellt und die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Aus diesem Grund verlangte die FDP in der Frühjahrssession eine dringli-

che Debatte zur sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung in der Schweiz. Diese Debatte wird nun geführt. Eine nachhaltige Energieversorgung erfordert folgende Grundpfeiler: Senkung des Energieverbrauchs mit wirksamen steuerlichen Anreizsystemen und

technischen Massnahmen, gezielte Förderung und Einsatz neuer erneuerbarer Energien und die Steigerung der Effizienz bei der Energiegewinnung aller Energieträger.

Trotz anstehender Versorgungsengpässe hat das Bundesamt für Energie im Departement Leuenberger lange Zeit die Bürgerinnen und Bürger nicht auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Das Bundesamt und der zuständige Bundesrat haben damit ihre Verantwortung nicht wahrgenommen. Als die

Information dann endlich erfolgte, wurde argumentiert, dass nun in der knappen Zeit nur noch der Bau von Gross-Gaskraftwerken möglich sei. Diese verursachen eine Unmenge an CO₂ und werden deshalb von der FDP bekämpft. Es stellt sich die Frage, ob das Bundesamt für Energie das Problem verschlafen oder absichtlich vor sich hergeschoben hat, um einen Sachzwang für den Bau von Gas-Grosskraftwerken zu schaffen.

Gerechte Schweiz

Eine sinnvolle IV-Revision mit Vorteilen für alle

Die Revision der Invalidenversicherung ist eine sinnvolle und massvolle Revision, welche für viele Menschen eine deutliche Verbesserung darstellt. Das Referendum gegen die Invalidenversicherung richtet sich deshalb direkt gegen die von Invalidität betroffenen Menschen. Die FDP kämpft mit Nachdruck für die Revision der Invalidenversicherung.

Die 5. IV-Revision ist eine gute Revision, die für viele Menschen die rechtzeitige Wiedereingliederung in die Arbeitswelt ermöglicht. Zahlreiche Massnahmen werden in Zukunft dafür sorgen, dass die Erfassung der von Invalidität betroffenen Personen frühzeitig geschieht. Damit ist gewährleistet, dass diese nicht während Monaten und Jahren aus dem Arbeitsprozess gerissen werden und danach kaum mehr eingegliedert werden können. Die Referendumsführer bekämpfen diese sinnvollen Massnahmen. Ihr Kampf richtet

sich deshalb direkt gegen die Betroffenen.

Diese Revision wird auch auf die finanzielle Situation der IV positive Auswirkungen haben und damit zur nachhaltigen Sicherung der Invalidenversicherung beitragen. Die genaue Höhe des Effekts kann erst beziffert werden, wenn die Massnahmen in Kraft sind.

Die Bundesratsparteien haben sich am Eckigen Tisch darauf geeinigt, dass zuerst der materielle Teil der 5. IV-Revision und danach die Frage der Finanzierung zu regeln seien.



Strom: Wie produzieren, was so einfach aus der Steckdose kommt?

(Bild: Keystone)

Auf dem Weg zu einer gerechten Sozialpolitik

Als die Invalidenversicherung im Jahr 1960 eingeführt wurde, beanspruchten etwa 0,4% der Bevölkerung die Leistungen dieses Sozialwerks. Seit den 90er Jahren stieg die Zahl der Invaliditätsfälle jedoch sprunghaft an: Wir haben heute fast 6% der Bevölkerung, die eine IV-Rente beziehen, und gemäss aktuellen Statistiken wird jede dritte Rente aufgrund eines psychischen Leidens verfügt.

**Von Petra Studer, Stv. Leiterin
Fraktion & Politik der FDP
Schweiz, Stadträtin Laufen**

Alarmierend ist auch, dass vermehrt junge Menschen eine IV-Rente beziehen, ohne dass sie je richtig ins Berufsleben integriert waren. Diese für das Gleichgewicht im Sozialversicherungssystem gefährliche Entwicklung hat verschiedene Ursachen: zunehmender Druck in der Arbeitswelt, abnehmende Integrationsbereitschaft seitens der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Erweiterung des Invaliditätsbegriffs sowie auch eine grössere Anspruchshaltung gegenüber dem Sozialstaat.

Die IV ist heute in einer desolaten finanziellen Lage. Sie verschuldet sich jedes Jahr zusätzlich mit bis zu 2 Mrd. Franken, und bis Ende 2007 wird das Schuldenloch auf 11 Mrd. Franken anwachsen. Dies



Petra Studer

gefährdet nicht nur die Finanzierung der IV, sondern belastet auch die AHV, da der Ausgleichsfonds für diese Ausfälle hinhalten muss, und führt im Weiteren zu einem grossen Druck auf die Prämien in der zweiten Säule.

Leistungsseitige Massnahmen sind für eine Gesundung der IV unerlässlich

Vor diesem Hintergrund tut eine echte leistungsseitige Revision der IV Not – eine Revision, die nicht nur Spareffekte erzielen will, sondern die das Problem an der Wurzel anpackt und versucht, die heute bestehenden Fehlanreize arbeitsmarktlcher, sozialpolitischer und gesellschaftlicher Natur zu korrigieren. Die von den eidgenössischen Räten im Herbst 2006 verabschiedete 5. IV-Revision wird diesen Kriterien gerecht, indem sie den Fokus auf die Integration in den Arbeitsmarkt legt und gemäss dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente» die Zunahme der IV-Neurenten um mindestens 20% senken will. Mittels einer Früherfassung, der Frühintervention und gezielten Eingliederungsmassnahmen soll erwirkt werden, dass ganz oder teilweise arbeitsunfähige Personen ihren Arbeitsplatz behalten oder im gleichen Betrieb eine andere Beschäftigung aufnehmen können. Der Eigenverantwortung der betroffenen Personen wird Rechnung getragen, indem eine Mitwirkungspflicht eingeführt wird: Wer sich weigert, sich um seine Wiedereingliederung zu bemühen, muss mit Leistungskürzungen rechnen.

Ein alleiniger Fokus auf den Arbeitsmarkt reicht jedoch nicht aus, um die Sozialversicherung leistungsseitig wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Der Rentenanspruch soll daher durch eine strengere Fassung des Invaliditätsbegriffs erschwert werden, und die Mindestbeitragsdauer wird von einem auf drei Jahre erhöht. Im Wei-

tern verspricht man sich von gezielten Sparmassnahmen wie der Aufhebung des Karrierezuschlags und der Streichung der laufenden Zusatzrenten für Ehegatten eine Attraktivitätsminderung der IV.

Eine Revision im Interesse aller Betroffenen

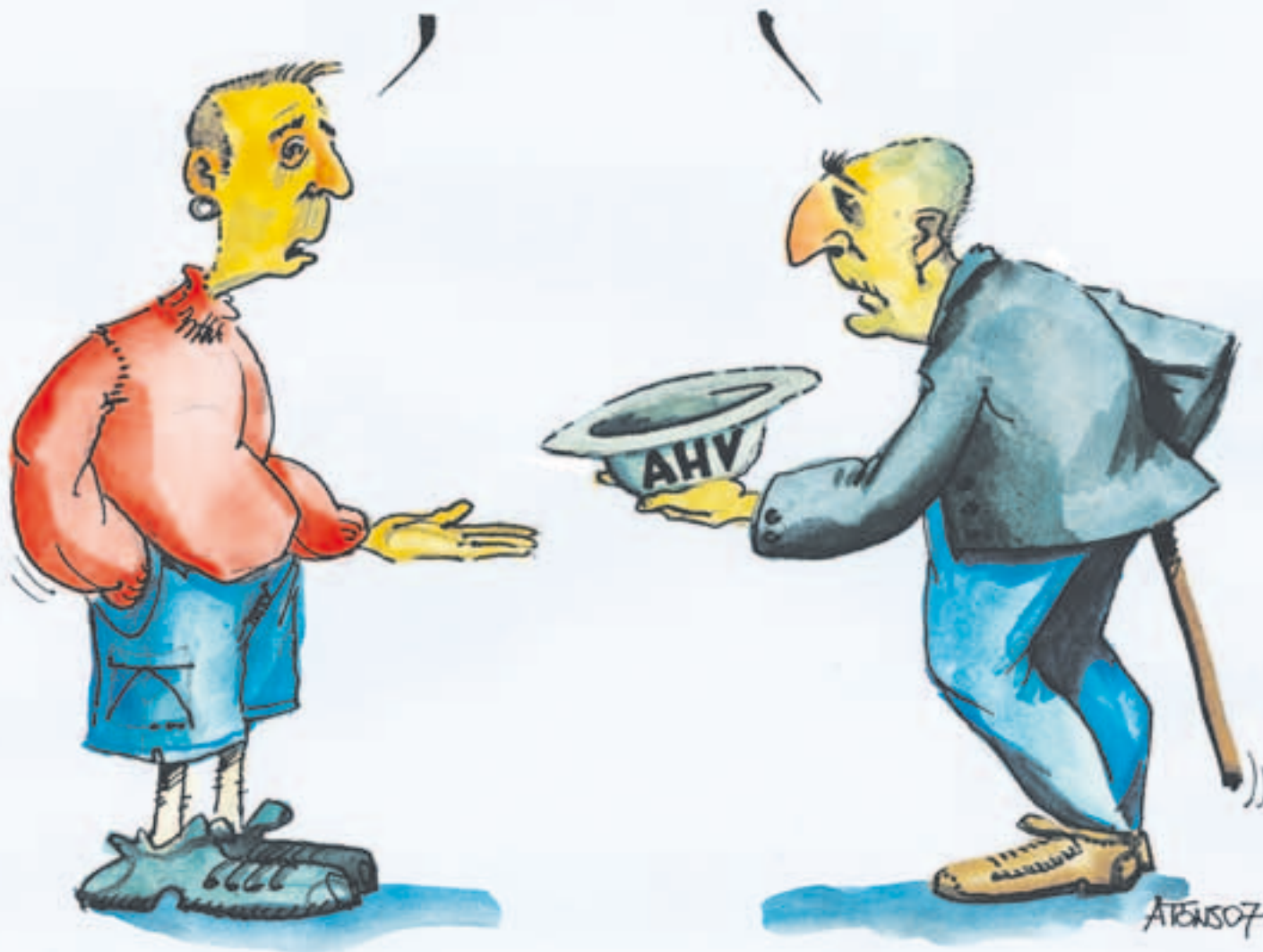
Diese – auf den Eckwerten der Verhandlungsergebnisse vom seitens der FDP initiierten eckigen Tisch basierende – materielle IV-Revision ist eines der wichtigsten Geschäfte, die in der laufenden Legislatur auf der Traktandenliste standen. Es ist gelungen, im Parlament eine Lösung zu finden, die für eine langfristige Sanierung der IV unverzichtbar ist und die letztlich im ureigensten Interesse derjenigen Personen liegt, die einen echten Anspruch auf IV-Leistungen haben. Aus diesem Grund ist das von kleineren Behindertenorganisationen ergriffene und seitens der Linken und Gewerkschaften unterstützte Referendum gegen die 5. IV-Revision verantwortungslos. Es ist alles daran zu setzen, dass das Schweizer Stimmvolk die Notwendigkeit dieser IV-Revision erkennt und anlässlich der Volksabstimmung im Juni 2007 den Weg für eine lösungsorientierte und gerechte Sozialpolitik ebnet.

Wort des Monats

Steuerwettbewerb

Die Steuerlandschaft ist als Folge des internationalen Standortwettbewerbs in starker Bewegung. In zahlreichen Ländern werden Systemvereinfachungen wie die Flat Tax und andere innovative Konzepte diskutiert oder sind bereits eingeführt. Gleichzeitig ist ein Trend zu Stabilisierung und Reduktion der Fiskalquoten zu verzeichnen. Entgegengesetzte Bestrebungen sind dagegen in den EU-Hochsteuerländern, in der OECD wie auch in der Uno unter dem Titel Steuerharmonisierung zu beobachten. In der Schweiz gehört das Steuerwesen zu den Grundpfeilern des föderalistischen Staatsaufbaus. Nicht nur der Bund, sondern auch die Kantone sind mit einer eigenen Steuerhoheit versehen. Bund und Kantone dürfen damit eigene Steuern erheben und über die Erträge frei verfügen. Auch die Gemeinden haben eigene, den kantonalen Gesetzgebungen entnommene Steuerhoheiten. Und last but not least: Die Bürger in der Schweiz reden bei den Einnahmen (Steuerfuss) und Ausgaben (Finanzreferendum) mit! Deshalb ist das schweizerische Staatswesen relativ sparsam und effizient.

HÄSCH MER EN STUTZ ?



DAMIT ES NICHT SO WEIT KOMMT: FDP -
FÜR EINE GERECHTE & INTELLIGENTE SCHWEIZ

Very British: Politik und Kultur in London

Die FDP Schweiz organisiert zusammen mit Creazione Viaggi eine sehr interessante Leserreise. Wir reisen vom 2. bis 5. Mai 2007 nach London. Überzeugen Sie sich vom Programm und melden Sie sich an! Die Reise wird von Creazione Viaggi geleitet. Rolf Schweiger, Ständerat, und Eliane Gnägi, Redaktorin des «Schweizer Freisinns», werden unsere Leserinnen und Leser begleiten.



Bild: Icon Photos



Bild: Reuters

Programm:

Mittwoch, 2. Mai 2007

Anreise: 8.15 Uhr Treffpunkt Flughafen Zürich-Kloten.

Flug: 9.30 Uhr Direktflug Zürich–London City mit SWISS LX 452, 10.10 Uhr Ankunft in London City.

Transfer: 10.30 Uhr Transfer mit den klassischen Londoner Cabs vom Flughafen zum Hotel.

Hotel: 11.00 Uhr Check-in im Hotel «The Rubens at the Palace», direkt gegenüber vom Buckingham-Palast. 39 Buckingham Palace Road, London SW 1 W OPS, Tel.: 0043 20 78 34 6600

Mittagessen: 11.45 Uhr Mittagessen (fakultativ).

10 Downing Street: 14.00 Uhr Englands Premierminister und das Regierungsviertel: damals und heute. Ein Spaziergang mit dem Londoner NZZ-Korrespondenten.

Afternoon Tea: 16.00 Uhr Britische Teekultur nach allen Regeln der Kunst – mit «scones and clotted cream». Gast: Ein Historiker plaudert über Geschichte und Geschichten aus dem Königshaus. Anschliessend Zeit zur freien Verfügung.

Architektur: 19.00 Uhr Apéro-Gespräch mit einem Architekten aus dem Büro von Sir Norman Foster in dem von ihm erbauten Swiss Re Tower.

Abendessen: anschliessend in einem Restaurant von Designer Sir Terence Conran – Essen als Spektakel. Die Restaurant-Leitung informiert über das Konzept, das Conrans verschiedenen Restaurants, Cafés und Bars zugrunde liegt, die einen je eigenen Stil pflegen. Übernachtung im Hotel.

Donnerstag, 3. Mai 2007

Frühstück: Frühstücksbuffet im Hotel.

IISS: 9.00 Uhr Besuch im Hauptsitz des «International Institute for Strategic Studies» in London. Das IISS ist ein britisches Forschungsinstitut auf dem Gebiet internationale Beziehungen und die weltweit führende Autorität bezüglich politisch-militärischer Konflikte. Einblick in die Arbeitsweise am IISS und Gespräch über ein aktuelles politisch-strategisches Thema.

House of Lords: 11.00 Uhr Zusammenkunft mit Abgeordneten des House of Lords, sowohl von der liberalen Partei als auch der konservativen («Tories»).

Mittagessen: 12.30 Uhr Mittagessen im House of Parliament (als offizielle Gäste wird uns diese Ehre zuteil).

Parlament: 14.30 Uhr Sitzungsbesuch im House of Commons und/oder Besuch einer Kommissionssitzung im House of Lords. Anschliessend Gespräch mit der Parteispitze der Liberalen.

Musical/Covent Garden/Carnegie Hall/Royal Albert Hall/Mouse Trap: Fakultatives Abendprogramm. Wir informieren ca. sechs Wochen vor Reiseantritt über das aktuelle Programm. Übernachtung im Hotel

Freitag, 4. Mai 2007

Frühstück: Frühstücksbuffet im Hotel.

Schweizer Botschaft: 10.00 Uhr Empfang auf der Schweizer Botschaft. Gespräch über die Beziehungen England – Schweiz sowie über ein aktuelles Thema.

Allgemeine Informationen

Preise:

Pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1890.–
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 366.–

Inklusive:

Economy-Flug mit SWISS retour
3 Übernachtungen im Hotel Rubens at the Palace
Geführter Spaziergang durch die Downing Street
Afternoon Tea mit einem Historiker
Apéro und evtl. Architekturführung
Abendessen im Gebäude der Swiss Re inkl. Gast
Besuch im Hauptsitz des «International Institute for Strategic Studies»
Zusammenkunft mit Abgeordneten des House of Lords
Mittagessen im House of Parliament
Sitzungsbesuch im Parlament
Empfang auf der Schweizer Botschaft
Auf der Shopping-Spur der Adligen
Festliches Abendessen mit Gästen
Besuch bei Scotland Yard
Transfer Flughafen–Hotel–Flughafen
Metrokarte 3 Tage

Exklusive:

Fakultative Mahlzeiten
Fakultatives Abendprogramm
Persönliche Ausgaben
Annulationskosten-Versicherung
Trinkgelder, Getränke
Taxi
Flughafentaxen

Annulationskosten:

Bei einer allfälligen Annulation der Reise entstehen Ihnen folgende Kosten:

0–10 Tage vor Abreise	100% des Totalbetrages
11–30 Tage vor Abreise	80% des Totalbetrages
31–50 Tage vor Abreise	55% des Totalbetrages
51–70 Tage vor Abreise	20% des Totalbetrages

Bei einer Annulation entsteht Ihnen immer eine Bearbeitungsgebühr von Fr. 35.–.

Wir empfehlen Ihnen den Abschluss einer Annulationskostenversicherung.

Reisebegleitung: Creazione Viaggi

Anmeldeschluss: 20. März 2007

Mittagessen: 12.00 Uhr (fakultativ).

Läden für Lords: 13.30 Uhr Lebensart nach Mass: Auf Shopping-Spur der Adligen – die wahren Bastionen der englischen Kultur. Vom traditionellen Schuhwerk über den ältesten Hutmacherladen und Englands berühmteste Adresse für Oberhemden bis zum Lieblingsschneider der Prominenz – hier paart sich die selten gewordene Kunst der Diskretion mit hohem Anspruch an Handwerk und Qualität. Anschliessend Zeit zur freien Verfügung.

Abendessen: 19.00 Uhr Festliches Abendessen mit Gästen aus den Bereichen Kultur, Politik, Presse und aus der literarischen Kriminal-Szene Londons. Übernachtung im Hotel.

Samstag, 5. Mai 2007

Frühstück: Frühstücksbuffet im Hotel. Check-out.

Scotland Yard: 10.00 Uhr Besuch bei der legendären Londoner Kriminalpolizei. U. a. Besichtigung der Pferdestallungen. 11.30 Uhr Wachablösung am Buckingham-Palast. Die Wachablösung ist eine der ältesten und bekanntesten Zeremonien des Buckingham-Palasts. Die Queen's Guard bilden Infanteriesoldaten, die in ihrer Paradeuniform aus roten Jackets und Bärenfellmützen den Palast bewachen. Bei der Zeremonie wechselt eine neue Wache die alte ab. Die Ablösung wird durch eine Gardkapelle begleitet und dauert rund 45 Minuten (fakultativ). Anschliessend Zeit zur freien Verfügung.

Transfer: 16.30 Uhr Transfer zum Flughafen London Heathrow.

Rückflug: 18.35 Uhr Direktflug London Heathrow–Zürich-Kloten mit SWISS LX 327. 21.20 Uhr Ankunft in Zürich-Kloten.

Anmeldetalon

Ich/wir melde/n uns für die Leserreise vom 2. bis 5. Mai 2007 an:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Anzahl Personen: _____

Doppelzimmer/Einzelzimmer: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Talon bis spätestens am 20. März 2007 an: FDP Schweiz, Leserreise, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30.

Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist über das Filmporträt der ersten FDP-Bundesrätin Elisabeth Kopp

«Fremd bin ich eingezogen, fremd zieh ich wieder aus.» Das ist das erste Lied aus Schuberts Winterreise. Und dieses Thema bildet den Rahmen zu dem Film, der die Zuschauerinnen und Zuschauer auf eine Winterfahrt durch die Stationen im Leben von Elisabeth Kopp führen wird.

Am 2. Oktober 1984, dreizehn Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts, wurde Elisabeth Kopp zur ersten Bundesrätin der Schweiz gewählt. Sie schaffte es bereits im ersten Wahlgang mit 124 Stimmen. In ihrer Antrittsrede sah sie in ihrer Wahl eine Anerkennung der Leistung aller Frauen auf politischem Gebiet, auf den verschiedenen Stufen unseres Staatswesens, und sie versprach, dass sie zwar nicht ihren Mann im Bundesrat stellen könne, aber dass sie als Frau und Mensch alle Kräfte in ihr aufbieten werde.

Und das tat sie: Sie kämpfte für das neue Ehe- und Erbrecht, den Geldwäschereiartikel, das Datenschutzgesetz, initiierte das neue Scheidungsrecht, man könnte vieles weitere benennen. Tatsächlich bot sie alle ihre Kräfte auf, wurde fast vier Jahre lang von der Presse in alle Himmel gelobt, stand an erster Stelle aller Beliebtheitsskalen, – und trotzdem scheiterte sie letztlich grausam.

Als Politikerin der nachfolgenden Generation, für die Elisabeth Kopp und ihre Kolleginnen mit Mut und Einsatz vorgespurt haben, wage ich den Versuch einer Deutung dieser fatalen Entwicklung:

Wer hoch springt, dem wird die Latte noch höher gelegt

Die Erwartungen an die erste Frau in diesem Amt waren gross von allen Seiten her. Elisabeth Kopp war angetreten um diese zu erfüllen. Der Film zeigt es auf: Sie wollte 150% pflichtbewusste Bundesrätin und gleichzeitig 150% um-

sorgende Ehefrau sein. Das waren mindestens 150% zuviel.

Im früheren Eherecht stand nur einer der Ehepartner im Vordergrund: der – nein, effektiv die andere stellte sich diskret dahinter. Das Ehepaar Kopp durchbrach diese Gewohnheit gerade zweifach. Beide standen prominent in der Öffentlichkeit; und erst noch die Frau an vorderster Stelle. In manchen Bereichen berührten sich die Interessen, überlappten sich sogar. Die offizielle Stellung dieser Frau war ungewohnt, ebenso die ihres Ehemannes, der sich nicht etwa zurücknahm in seinen Aktivitäten. So hiess es gar, er sei

wahrscheinlich der achte Bundesrat.

Das Ehepaar Kopp stand mit allem, was sie und er taten regelrecht im Schaufenster der Öffentlichkeit. Sie wurden bewundert, beneidet, gelobt, kritisiert, beobachtet, verglichen – und in die Einsamkeit abgedrängt. Und dies mit Enthusiasmus, Gier und Unbarmherzigkeit. Ja, wer hoch springt, dem wird die Latte höher gelegt. Wer sie – auch nur ein bisschen – verfehlt, fällt tief.

Übrigens, erst das neue Eherecht, das ausgerechnet diese erste Bundesrätin durchgesetzt hat, macht langsam die gelebte

Partnerschaft in der Ehe zur Normalität. So sollte es heute möglich sein, dass beide Partner verschiedene erfolgreiche Wege gehen können.

Einsamkeit

Als erste Bundesrätin wollte sie zwar nicht ihren Mann stellen, wie sie in der Antrittsrede betont hatte, aber sie tat alles, um sich keine Blösse zu geben. Sie tat alles, um ja keine weiblichen Emotionen zu zeigen. Das wären Beweise der Schwäche, Zeichen des schwachen Geschlechtes.

In den Filmdokumentationen, in denen sie im Parlament ihre Dossiers vertreten hat, wird das krass offengelegt: ihre Aussagen – etwa zur Asylpolitik – sind völlig emotionslos, sachlich, sehr kühl, absolut korrekt, wie es der Bundesrat beschlossen hatte. So wurde sie für manche Menschen unnahbar. In dieser Rolle hatten menschliche Fehler, auch kleine, keinen Platz.

Elisabeth Kopp ist nicht so. Sie ist eine sehr warmherzige Frau. Hätte sie dies damals auch spüren lassen, wären ihr viele in ihren schwierigen Tagen verständnisvoller begegnet.

Auch heute braucht es in der Politik immer noch eine harte Schale, damit der Kern weich bleiben kann, aber dennoch ist es anders geworden: Wir Politikerinnen, aber auch Politiker können es uns leisten, Gefühle zu zeigen. Wir sind eher Volksvertreterinnen und -vertreter geworden, die sich weniger hinter Formalitäten und Ritualen verstecken. Vielleicht haben wir dadurch

Ursula Widmer, Bundesrichterin, Luzern



«Wer aus einem öffentlichen Amt gedrängt und zum Rücktritt gezwungen wird, kann verschiedene Wege gehen. Er kann sich in die Anonymität zurückziehen und sich nicht weiter um die res publica kümmern. Oder er kann in die Öffentlichkeit gehen und dartun, dass ihm Unrecht widerfahren ist. Frau Kopp ist einen dritten Weg gegangen. Sie hat immer wieder – nicht wertend und nicht urteilend – die Umstände ihrer politischen Karriere, ihrer Wahl in den Bundesrat und des erzwungenen Rücktritts dargestellt und das Urteil all jenen überlassen, die sich ein solches bilden wollen. Die Begeisterung des Publikums über den Film lässt keinen Zweifel offen, wie das Urteil ausgefallen ist.»

Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz



«Der Film hat mich aufgewühlt. Vor allem die damalige Einsamkeit und Isolation Elisabeth Kopp macht mich betroffen. Die FDP-Frauen Schweiz setzen alles daran, damit sich so etwas nicht wiederholt. Wir sind bemüht, Netzwerke zu schaffen, wo auch starke Frauen schwache Momente erleben dürfen.»

an Würde eingebüsst, aber an Lebensqualität sicher dazugewonnen.

Die Nebensonnen (das zweit-letzte Lied der «Winterreise»)

Elisabeth Kopp wurde 1984 im ersten Wahlgang von der vereinigten Bundesversammlung zur Bundesrätin gewählt. Es fällt auf, dass sie aber nicht vom Parlament zum Rücktritt gezwungen wurde. Im Gegenteil: am 7. Dezember 88 wurde sie glanzvoll mit 165 Stimmen zur Vizepräsidentin des Bundesrates gewählt. (Die heutige Bundespräsidentin erreichte 149 Stimmen, der Vizepräsident 166). Damit hat das Parlament ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass die erste Bundesrätin ihre Arbeit im Bundesrat als Justizministerin gut und kompetent gemacht hat. Deshalb ist es wirklich an der Zeit, dass man dieser Tatsache auch Rechnung trägt.

Zurückgetreten ist Elisabeth Kopp nicht auf Druck derjenigen, die aufgrund unserer Verfassung die Macht dazu gehabt hätten. Zum

Rücktritt gezwungen wurde sie durch Medienberichte, Vorverurteilungen, auf die sie nicht offen reagiert hat oder nicht offen reagieren konnte, weil sie keine oder zu wenig Unterstützung in ihrem politischen Umfeld spürte. Wahrscheinlich geholfen hätte ihr, wenn sie zum richtigen Zeitpunkt gesagt hätte: «Ja, ich habe meinen Mann angerufen, weil...»

Noch ein halbes Jahr vor dem Rücktritt war sie die Beste beim medialen Bundesratsrating. Dies namentlich dank ihrer Medienpräsenz, ihrer Durchsetzungsfähigkeit, ihrem Auftreten, dem Erfolg im Parlament und der allgemeinen Anerkennung ihrer Arbeit. Bei ihrem Abtreten wurde sie dann als Hampel Frauchen dargestellt, das an der Strippe ihres Mannes hängt.

Was meinten dazu ihre Kollegen? Was meinte dazu ihre Partei? – Alle hatten Angst, in den Strudel miteinbezogen zu werden, keiner wollte sich die Finger irgendwie verbrennen. Zivilcourage fehlte. Einer ihrer damaligen Parteikollegen zitierte

Nationalrätin Gabi Huber, Vizepräsidentin FDP Schweiz



«Der Film hat mich sehr berührt, weil er das persönliche Empfinden der ersten Bundesrätin über das damalige Geschehen wieder gibt, ohne in Lohhudelei oder Anklagen auszuarten. Ich war auch bewegt, weil ich einige Situationen als seinerzeit erste Frau in der Urner Regierung besonders gut nachempfinden konnte.

Für mich ist der Film auch eine wichtige und notwendige Aufarbeitung der Geschichte.»

Nationalrätin Christa Markwalder, Bern



«Ich bin froh, dass Elisabeth Kopp 18 Jahre nach ihrem Rücktritt aus dem Bundesrat ihre Erfahrungen über ihre Zeit als Bundesrätin endlich einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen kann. Der Film «Eine Winterreise» ist beeindruckend und berührend. Er macht aber auch wütend, weil noch heute politisch exponierte Frauen aufgrund ihrer Ehemänner anstatt ihres Leistungsausweises beurteilt werden. Es ist nicht zu spät, aus den Vorfällen von damals heute die Lehren zu ziehen.»

Baselbieter Regierungs- und Landratswahlen vom 11. Februar: Glanzresultat der FDP-Frauen!

Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren Regierungsrätin Sabine Pegoraro zur ausgezeichneten Wiederwahl sowie den FDP-Frauen des Kantons Basel-Landschaft zum Glanzresultat bei den Wahlen vom 11. Februar.

Die Baselbieterinnen konnten ihre grosse Frauendeputation im kantonalen Parlament weiter ausbauen und verfügen heute über einen Frauenanteil von 50% (10 von 20 Sitzen). Sie stellen damit die stärkste Frauendeputation im Landrat. Das ausgezeichnete Resultat führt Christine Pezzetta, Mitglied der Parteileitung FDP BL, auf die bestens qualifizierten Kandidatinnen zurück, die einen lustvollen und glaubwürdigen Wahlkampf führten und sich mit vollem Einsatz für eine intelligente, offene, wachsende und gerechte Schweiz engagieren möchten. Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich mit den Baselbieterinnen über diesen grossen Erfolg. Er ist eine hervorragende Motivationsbasis für den eidgenössischen Wahlkampf. Mit einer eigenen Kampagne werden die FDP-Frauen im Wahljahr 2007 auf eidgenössischer Ebene aktiv sein. Der Startschuss dazu fällt anlässlich der Generalversammlung am 3. März in Lausanne.

nur als Kommentar aus Schillers «Wilhelm Tell»: «Es rast der See, er will sein Opfer haben». Das hat man ihm gegeben.

Tatsache ist aber, dass unsere erste Bundesrätin vom Bundesgericht nachher freigesprochen wurde.

Ein spannender und historisch wichtiger Film

Vor kurzem hat mir eine Parlaments-Kollegin gesagt, sie begreife nicht, dass Elisabeth Kopp diesen Film machen liess. Ich habe ihr geantwortet, ich sei froh, dass Andres Brütsch sie dazu bewegen konnte, diesen Film zu machen. Es ist keine Lohhudelei auf die erste Bundesrätin. Er zeigt mit Fakten auf, wer sie ist, wie sie in dieses Amt gewählt wurde, und wie sie es schliesslich aufgeben musste. Es ist das aussergewöhnliche Schicksal einer aussergewöhnlichen Frau, die hoch aufgestiegen und tief gefallen ist und die dabei für uns Politikerinnen ganz wichtige Spuren gelegt hat. Es ist ein Film über eine Frau, die kein Mitleid von uns will wegen ihrem traurigen Abgang, aber die die Gerechtigkeit verdient hat, dass wir

ihre ganze Arbeit für unser Land überblicken und werten: Ja, sie war eine gute Bundesrätin.

Ich möchte Andres Brütsch für diese Arbeit danken. Der Film ist sehr eindrücklich gestaltet. Mit wenigen Hilfsmitteln, klar und überzeugend.

Nachtrag

Die stärkste Szene kommt für mich fast am Ende des Films: Elisabeth Kopp entschuldigt sich, verliert kurz die Fassung, weint – und wendet sich aber sofort zum Regisseur mit den Worten: «das nehmen wir dann noch einmal auf».

Diese Frau hat schon als Kind gelernt, dass man sich nicht gehen lassen darf. Bereits als Mädchen war ihr klar, dass man nach einem Sturz beim Schlittschuhlaufen sofort aufsteht und weiterläuft, als ob nichts geschehen wäre, auch wenn es noch so weh tut. Mit zunehmendem Alter wird das aber schwieriger...

Wir aber, wir dürfen Gefühle zeigen beim Ansehen dieses Film, denn Emotionen tun unserer Gesellschaft so gut.

Lena Schneller, Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz

Lena Schneller, 28, Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz, ist in Küsnacht aufgewachsen. Sie hat in Zürich und Berlin Rechtswissenschaften studiert. Nach dem Lizentiat arbeitete sie zunächst in einer Anwaltskanzlei. Seit August 2006 ist sie wissenschaftliche Assistentin am Institut für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht der Universität Bern. Ihre Freizeit verbringt sie gerne mit Freunden und Familie sowie mit Musizieren, Tanzen und Lesen.

Seit gut eineinhalb Jahren bist du Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz. Was hat dich dazu bewogen, dieses Amt zu übernehmen?

Lena Schneller: Die Freude an der Politik und der Wunsch, in der Schweiz etwas zu bewegen. Daneben reizte mich aber auch die Aufgabe, die Leitung der grössten Jungpartei der Schweiz zu übernehmen, um damit einen Teil dazu beitragen zu können, dass sich junge Menschen für die Politik interessieren

und sich für liberale Anliegen einsetzen.

Worin unterscheiden sich die Jungfreisinnigen von der Mutterpartei FDP?

Da wir in den meisten Parlamenten keine politische Verantwortung tragen, können wir unsere Anliegen sicherlich direkter, frecher kommunizieren. Daneben setzen wir uns aber verstärkt für Themen ein, die Jugendliche und junge Menschen betreffen, und leisten in einem grösseren Mass Nachwuchsförderung

, indem man bei uns die politische Arbeit erlernen kann.

Inwiefern haben sich die Jungfreisinnigen unter deiner Leitung verändert?

Das müsste man wohl jemand anderes fragen. Ich habe die jungfreisinnigen in einer sehr schweren Zeit übernommen, es gab viele Unsicherheiten und Konflikte. Ich denke, ich habe es geschafft, dass man offener miteinander diskutiert, die Kantone auch wieder enger zusammenarbeiten und dass die

Stimmung ganz allgemein wieder gut ist.

Welche Erfolge konntest du mit den Jungfreisinnigen feiern?

Besonders gefreut haben mich die beiden Neugründungen der Jungfreisinnigen Kanton Obwalden und Kanton Nidwalden. Schön ist es auch, dass wir es endlich wieder geschafft haben, eine Mitgliederzeitschrift auf die Beine zu stellen. Erfreulich ist aber vor allem, dass wir mit unseren Schwerpunktthemen vermehrt in den Medien,

Einladung zum Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz

Der nächste ordentliche Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz findet vom 16. bis 18. März 2007 – inmitten des grossen Skigebiets «Les Portes du Soleil» – in Morgins (VS) statt.

Die Jungfreisinnigen Wallis haben für diesen Anlass ein aussergewöhnliches Programm auf die Beine gestellt. Neben den zahlreichen nationalen freisinnigen Exponentinnen und Exponenten wie Nationalrat und Parteipräsident Fulvio Pelli, Bundesrat Pascal Couchepin und Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist werden auch verschiedene hochrangige Walliser Politiker anwesend sein.

Das Programm beginnt am Freitagabend mit einem Willkommensapéro und geht am Samstag mit einem Ski- und Snowboardrennen – dem Cup der Jungfreisinnigen – weiter, bei welchem die beste jungfreisinnige Sektion geehrt wird. Am Samstagnachmittag wird Léonard Bender, Vize-Präsident der FDP



Schweiz und Präsident der FDP Wallis, den statutarischen Teil des Kongresses eröffnen. Ein gemütliches Fondue-Essen mit den erwähnten Politikerinnen und Politikern wird den ersten Kongresstag abschliessen. Am Sonntagmorgen werden die Schwerpunktpapiere besprochen und unsere Plattform für die Nationalratswahlen präsentiert.

Ein weiteres Highlight des diesjährigen Kongresses ist der INNOVATION AWARD, mit welchem die

Jungfreisinnigen originelle Ideen im Bereich der politischen Kommunikation und Aktion sowie frisches Denken mit neuen Lösungsansätzen fördern wollen. Jede Sektion ist eingeladen, Projekte, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 1. Februar 2007 lanciert wurden, zu präsentieren. Der Begriff Projekt ist dabei weit zu fassen, ein origineller Flyer oder ein ansprechendes Plakat fallen ebenso darunter wie eine einprägsame Medienmitteilung, ein tolles Give-Away oder ein parlamentarischer Vorstoss. Die Projekte werden anlässlich des Kongresses vorgestellt und von einer Jury bewertet. Die beste Idee wird mit dem, mit Fr. 500.– dotierten INNOVATION AWARD ausgezeichnet. Dossiers können bis spä-

testens 2. März 2007 elektronisch (innovation@jungfreisinnige.ch) oder per Post (Jungfreisinnige Schweiz, Postfach 6845, 3001 Bern) eingereicht werden.

Weitere Informationen zum INNOVATION AWARD finden sich unter www.jungfreisinnige.ch.

Die Anmeldungen für den Kongress laufen über www.jrvs.ch.

Wir hoffen, möglichst viele Jungfreisinnige im Wallis begrüßen zu dürfen, und freuen uns auf zahlreiche kreative Ideen!



bei der FDP, aber auch bei der Bevölkerung wahrgenommen werden. So wurde z.B. ein durch Christa Markwalder Bär eingereichter Vorstoss zum Thema Generationengerechtigkeit von über 40 Parlamentariern aus allen Bundesratsparteien mitunterzeichnet – inklusive vier Parteipräsidenten und vier Fraktionschefs. Und auch unsere Kampagnen zu einzelnen Abstimmungen (z.B. Kosa Nostra) finden ein gutes Echo.

Welche Ziele möchtest du mit den Jungfreisinnigen noch erreichen?

Mein Ziel ist es, bei den kommenden Wahlen mindestens einen weiteren jungfreisinnigen Vertreter in den Nationalrat zu bringen.

Welche persönlichen politischen Ziele hast du?

Aufgrund meiner beruflichen Ausrichtung (Juristin mit Schwerpunkt Europa- und Völkerrecht) ist es mein grösster Traum, einmal Nationalrätin zu werden. Doch primär geht es mir darum, in gewissen Bereichen thematisch etwas zu bewegen.



Lena Schneller

Für welche politischen Themen setzt du dich besonders ein?

Bildung, ökonomische und ökologische Ressourcen und Aussenpolitik.

Woraus schöpfst du die Motivation für dein politisches Engagement?

Ich will nicht, dass andere über mich entscheiden, sondern dass ich selber zu einer Entscheidung beitragen kann. Bei den meisten politischen Entscheidungen wird die Wirkung auf junge Menschen und zukünftige Generationen nicht beachtet. Dabei sollten wir dafür kämpfen, dass auch zukünftige Generationen in einer wirtschaftlich

starken, innovativen und erfolgreichen Schweiz leben können. Dieses Ziel gibt mir immer wieder die Energie, mich für langfristige, generationengerechte Lösungen einzusetzen.

Im Kleinen motivieren mich immer wieder ganz viele verschiedene Dinge, so z.B. Projekte, die mir am Herzen liegen, wie die Einführung eines obligatorischen Staatskundeunterrichts ab der 7. Klasse oder eine gewonnene Abstimmung. Aber auch die vielen Menschen, die mir in der Politik begegnen und mir Wünsche mitgeben, motivieren mich.

Wie kann die Motivation von Jugendlichen für ein politisches Engagement gefördert werden?

Eine zentrale Rolle beim politischen Engagement von Jugendlichen spielt die Ausbildung an der Schule. Daher ist es mir auch so wichtig, dass der Staatskundeunterricht an den Schulen mehr Stellenwert bekommt. Unsere Demokratie lebt von der Milizarbeit.

Was ist dir neben der Politik wichtig?

Meine Freunde, meine Familie, Bücher und die Musik.

Welches Buch hast du als letztes gelesen?

Von Paul Watzlawick, «Gebrauchsanweisung für Amerika».

Welchen prominenten Politiker würdest du gerne persönlich kennen lernen und warum?

Einige interessante Persönlichkeiten konnte ich in den vergangenen Jahren bereits kennen lernen, und ich habe auch von Einzelnen sehr viel gelernt. Nachdem nun die Geschichte unserer ersten Bundesrätin, Elisabeth Kopp, wieder vermehrt in den Medien ist und Frau Kopp mich in einer Fernsehsendung stark beeindruckt hat, wäre es sicher schön, sie kennen zu lernen und über ihre Erfahrungen als Frau in der FDP und in der Politik zu diskutieren.

Was bedeutet liberal sein für dich?

Ich bin liberal, weil jeder die Chance haben soll, sein Leben nach seinen Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten.

Interview: Gisela Oreiller

Abstimmung

NEIN zur kranken Einheitskasse!

Jungfreisinnige starten Kampagne gegen die kranke Einheitskasse

In weissen Kitteln haben die Jungfreisinnigen am 13. Januar in Bern ihre Kampagne gegen die kranke Einheitskasse eröffnet. Die Packungsbeilagen der verteilten Give-Aways sollen die Nebenwirkungen der kranken Einheitskasse aufzeigen, über die am 11. März abgestimmt wird.

Die Jungfreisinnigen sind sehr besorgt über die Entwicklung im Gesundheitswesen. Die explodierenden Kosten machen auch der jüngeren Generation zu schaffen. Nach Meinung der Jungfreisinnigen kann diese Tendenz aber nur gestoppt werden, wenn jeder Akteur im Gesundheitswesen einen Anreiz hat, einen Beitrag zur Kostenreduktion zu leisten. Mit der kranken Einheits-

kasse sind aber Wahlfranchisen oder Managed-Care-Modelle nicht mehr möglich. Gesundheits- und kostenbewusstes Verhalten kann nicht mehr belohnt werden.

Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» (hier: kranke Einheitskasse) geht in eine komplett andere Richtung. Sie will den Wettbewerb unter den Grundversicherern abschaffen und dadurch vermeintlich Verwaltungskosten sparen. Doch die Jungfreisinnigen wollen diesen Wettbewerb. Denn er ist der einzige Garant, dass die Verwaltungskosten

so tief bleiben, wie sie heute sind (5,4% der Gesamtausgaben). Die kranke Einheitskasse löst kein Problem, führt aber zu gravierenden Nebenwirkungen: einer neuen Bürokratie, der Abschaffung der Wahlfreiheit der Bürgerinnen sowie zu einer geringeren Servicequalität im Gesundheitswesen!

Auch wehren sich die Jungfreisinnigen klar gegen einkommensabhängige Prämien. Dies wäre nichts anderes als eine verkappte Steuererhöhung, welche Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gefährdet. Zu einer echten Prämienreduktion tragen gewiss nur andere Massnahmen bei.

Zu weiteren Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie die Jungfreisinnigen oder besuchen Sie die Website www.kranke-einheitskasse.ch.



Integration auf allen Ebenen – es gibt noch viel zu tun...

Gerechtigkeit heisst Chancengleichheit. Wie steht es in der Schweiz um die Chancengleichheit? Sind die Voraussetzungen da, damit Kinder, junge und ältere Menschen, Frauen und Männer optimale Erfolgschancen haben können?

Eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft setzt voraus, dass Kenntnisse, Qualifikationen, Kompetenzen und weitere Qualitäten von Individuen gefördert werden. In einer Welt des schnellen technologischen und gesellschaftlichen Wandels müssen solche Kompetenzen in einem Prozess des lebenslangen Lernens konstant weiterentwickelt und angepasst werden. Anderenfalls besteht die Gefahr der Entwertung dieses Humankapitals und der Verminderung der Chancen der Erwerbsbevölkerung auf dem Arbeitsmarkt. Lebenslanges Lernen erfordert eine Ausstattung an Grundkompetenzen, die die Basis für den künftigen Aus- und Weiterbildungsverlauf bilden. Diese Anfangsausstattung wird in der Regel im Rahmen der Ursprungsausbildung erworben. Das Ausbildungsniveau eines Individuums schliesslich ist entscheidend für dessen Kapazität, Kompetenzen und Wissen im späteren Leben zu aktualisieren und weiterzuentwickeln.

Die Vorbereitung auf die Zukunft beginnt bereits mit der Geburt

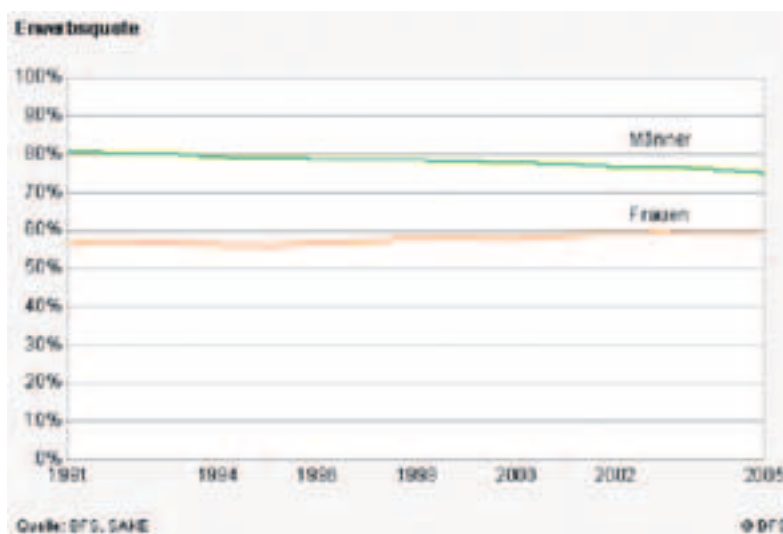
Wer Chancengleichheit für das Individuum in der Bildung anstrebt und gleichzeitig von der Schule Leistungsziele abverlangt, kommt nicht umhin, die Startbedingungen der Kinder während der Vorschulzeit sowie auch während der Zeit der obligatorischen Schule zu analysieren und die notwendigen Konsequenzen zur Realisierung gleicher Chancen zu ziehen. Alle Menschen sollen gleich gute Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer individuellen Lebenspläne haben und aufgrund der Wahl ihrer Lebens-

form keinen Diskriminierungen ausgesetzt sein.

Eine Analyse zeigt Betreuungsdefizite für viele Kinder im Schul- und Vorschulalter. Von den rund 2500 Gemeinden in der deutschen und französischen Schweiz verfügt lediglich ein Bruchteil über eine richtige Tagesschule. Auch bei der familienexternen Kinderbetreuung im Vorschulalter ist die Betreuung wegen fehlender Infrastruktur ungenügend. Davon betroffen sind Eltern und Kinder. Andererseits leiden auch das Niveau des Schulunterrichts, die Lehrerschaft sowie der Wirtschaftsstandort Schweiz, der sein Potenzial (insbesondere auch bei den Frauen) nicht vollumfänglich ausschöpfen kann.

Chancengleichheit für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt

Nach der schulischen Ausbildung ist ein erfolgreicher Übertritt in den Arbeitsmarkt für den einzelnen Menschen sowohl in wirtschaftlicher wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht von grosser Bedeutung. Die Ausübung einer den individuel-

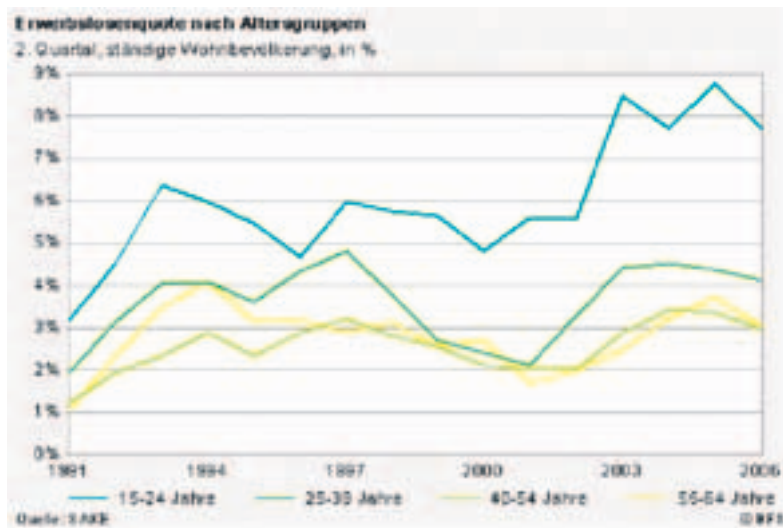
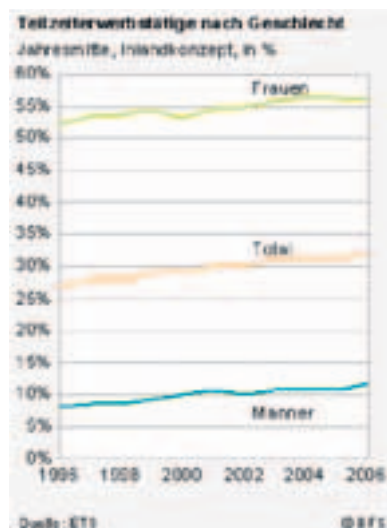


len Fähigkeiten und Talenten angemessenen beruflichen Tätigkeit ist eine Voraussetzung für eine auf Eigenständigkeit und Zufriedenheit beruhende Lebensgestaltung. Eine erfolgreiche Teilnahme der jungen Generation am Arbeitsmarkt ist auch für die Zukunft unseres Sozialsystems von Bedeutung und liegt somit im Interesse der Gesamtbevölkerung. Die Statistik zeigt, dass gerade bei jungen Men-

schen eine hohe Erwerbslosenquote zu verzeichnen ist.

Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt

Seit Anfang der 90er Jahre ist die Erwerbsquote der Frauen leicht gestiegen. Sie ist jedoch bei den Männern immer noch deutlich höher als bei den Frauen: 75% der männlichen und 59% der weiblichen Bevölkerung ab 15 Jahren





Familienexterne Betreuungsstrukturen sind nötig.

sind erwerbstätig oder auf Stellensuche. Bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern liegt die Erwerbsquote etwa gleich hoch. Ab 25 Jahren ist die Erwerbsquote der Frauen in allen Altersgruppen deutlich niedriger als jene der Männer. Dies ist darauf zurückzuführen, dass viele Frauen sich in diesem Alter (vorübergehend) aus der Erwerbstätigkeit zurückziehen und der Kindererziehung widmen.

Verglichen mit anderen europäischen Ländern verfügt unser Land über einen sehr grossen Anteil an Teilzeit-Erwerbstätigen. Auffällig ist jedoch die hartnäckige Spaltung der Erwerbsbevölkerung in einen männlich geprägten Vollzeitsektor und einen weiblich geprägten Teilzeitsektor. Im Jahr 2005 waren 56,7% aller Frauen teilzeitbeschäftigt, während dies lediglich auf 10,9% der erwerbstätigen Männer zutraf. Vier von fünf Teilzeitbeschäftigten sind Frauen (81,1%). Teilzeitarbeit wird vom BFS denn auch als «fast ausschliesslich weibliches Phänomen» bezeichnet. Unterschiede finden sich auch bei der Analyse der Altersgruppen und Beweggründe für Teilzeitarbeit. Gemäss BFS kommt bei den Männern Teilzeitarbeit in erster Linie eine Brückenfunktion sowohl am Anfang als auch am Ende der Berufslaufbahn zu. Nur sehr wenige Männer

reduzieren ihren Beschäftigungsgrad aus familiären Gründen. Bei den Frauen hingegen steht die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben im Vordergrund. Offensichtlich hat sich die Rollenteilung im Haushalt in den letzten 30 Jahren kaum geändert. Dies belegt nicht zuletzt die Tatsache, dass die Anzahl der unbezahlten Arbeitsstunden von Frauen mit zunehmendem Alter der Kinder abnimmt. Als erfreulich ist sicher der Umstand zu werten, dass der Trend bei den Teilzeitstellen mit hoher Verantwortung und Führungsfunktion nach oben zeigt. Doch auch heute noch ist Teilzeitarbeit primär ein Karrierehindernis – besonders für Männer. Die Teilzeit-Erwerbstätigkeit wirkt sich negativ auf das Einkommen, die berufliche Mobilität, die soziale Akzeptanz, die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und nicht zuletzt auch auf die Leistungen der Sozialversicherungen aus. Die Spaltung des Arbeitsmarktes in einen männlich dominierten Vollzeitsektor und einen weiblich dominierten Teilzeitsektor gilt es folglich zu überwinden. Dies liegt nicht nur im Interesse der Frauen, sondern kommt auch den Bedürfnissen einer wachsenden Zahl von Männern und Vätern entgegen, die sich mit der Rolle des Alleinernters je länger, je weniger identifizieren.



Ein erfolgreicher Übertritt in den Arbeitsmarkt ist von grosser Bedeutung.



Die Erwerbsarbeit könnte eine tragende Säule einer sinnvollen und aktiven Altersphase werden.

(Bilder: Keystone)

Jahresbericht des Präsidenten der FDP-Fraktion

Das im öffentlichen Diskurs gängige politische Koordinatensystem, welches der FDP die politische «Mitte» zwischen einem linken und einem rechten Pol überlässt, gerät zunehmend in Verruf, weil es inadäquat ist. Die wichtigen politischen Auseinandersetzungen finden in der Tat auf der klassischen Achse Liberalismus-Konservatismus statt. Die Forschungsgruppe «Sotomo – Gesellschaft, Politik und Raum» an der Universität Zürich hat die FDP als liberalen Pol identifiziert und das Bild einer ziemlich kompakten FDP-Fraktion nachgezeichnet. Der Punkt ist, mit welchen Partnern die FDP die notwendigen liberalen Reformschritte realisieren kann.

**Von Felix Gutzwiller,
FDP-Fraktionspräsident**

Erfolge in der Bildungs- und Finanzpolitik...

Durchhaltewillen, gepaart mit zwei abgeschlossenen Entlastungsprogrammen und einer sich im Anfangsstadium befindenden Aufgabenüberprüfung, haben im vergangenen Jahr die anvisierten Resultate gebracht: schwarze Zahlen in der Finanzrechnung des Bundes. Die FDP-Fraktion wird beharrlich und überlegt auf dem Pfad der finanzpolitischen Tugend weitergehen: Sie hat den Bundesrat beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Umgehung der Schuldenbremse ausserhalb der Finanzrechnung unterbunden werden kann.

Schwarze Zahlen sind das eine, eine kluge Fokussierung der Ausgaben auf die zukunftssträchtigen Aufgaben ist das andere. Für eine Schweiz, welche auf Intelligenz setzt, sind im letzten Jahr mit starker Unterstützung der FDP die Weichen richtig gestellt worden. Bildung, Forschung und Innovation werden mit 6% wachsen.

Zur positiven Bilanz gehören ohne Zweifel auch die Milderung der Heiratsstrafe und die Beseitigung von Steuerärgerissen im Bereich der Unternehmen. Zur Habenseite zu zählen sind auch die Schaffung des Infrastrukturfonds im Bereich Verkehr und die Missbrauchsbekämpfung beim Verbandsbeschwerderecht.



Felix Gutzwiller, Fraktionspräsident, und Christine Egerszegi, Nationalratspräsidentin, am Fraktionssessen 2006.

...mehr Realismus in der Europa- und Ausländerpolitik

Nicht zuletzt dank der FDP verfügt die Schweiz jetzt über eine moderne Migrationspolitik, die auf dem freien Personenverkehr mit der EU und im Bereich der ausser-europäischen Migration auf dem Erfordernis der Qualifizierung beruht. Damit ist der Rahmen gegeben, gezielt qualifizierte Personen zum Zugang zu veranlassen und deren Integration sicherzustellen. Aus FDP-Sicht ist weiter festzustellen, dass Realismus und Nüchternheit in der europapolitischen Diskussion erfreulicherweise mehr Platz bean-

spruchen können als auch schon. Mit der Annahme des Osthilfegesetzes ist der Bilateralismus vom Volk einmal mehr bestätigt worden. Ferner gilt es, das Augenmerk auf einen weiteren Umstand zu lenken, welcher die Pluspunkte auf der Habenseite der politischen Bilanz relativiert. Wir geraten je länger je mehr in die Situation, wo wir die erfolgreiche Verteidigung von Stärken gegenüber unvernünftigen und ideologisch motivierten politischen Demarchen als Erfolge feiern (müssen). Dies betrifft neben der Wege-lagerei am bilateralen Weg auch Aktionen wie die Volksinitiative, wel-

che die Nationalbank mit der Sozialpolitik verknüpfen wollte. Die politischen und finanziellen Ressourcen, welche in die Abwehr von solchem politischem Unfug investiert werden müssen, fehlen dann an der Reformfront!

Bevorstehende Reformen erfordern neue Konkordanz

Diese Front ist lang und ist im letzten Jahr nicht kürzer geworden. Die Unternehmenssteuerreform II ist noch nicht unter Dach. Der Swisscom konnte keine Zukunftsperspektive eröffnet werden, und die Armee reform droht wegen des Zermübungskriegs der Traditionalisten und Pazifisten zum Erliegen zu kommen. Die entscheidenden Abschnitte der Reformfront betreffen die Krankenversicherung und die Sozialwerke. Erfolg ist hier nur möglich, wenn verlässliche politische Partner Mehrheitslösungen erarbeiten. Wie kann jedoch die aktuelle Konkordanz solche Grossvorhaben zum Ziel führen, wenn eine Partei, die am eckigen Tisch der FDP die Grundzüge der 5. IV-Revision mitträgt, den populistischen Verlockungen eines Referendums dann aber doch erliegt und eine ausgewogene und vernünftige Reformvorlage nach der Parlamentsarbeit zu torpedieren beginnt?

NEIN – denn sie wissen nicht, was sie wollen!

Als Monopolistin handelt die staatliche Einheitskasse ohne Leistungsdruck auf einem konkurrenzlosen Markt. Das Interesse, innovative und attraktive «Produkte» anzubieten sowie die Kostenkontrolle gegenüber den Leistungserbringern wirksam wahrzunehmen, geht verloren. Auch die Möglichkeit, mit der Wahl einer höheren Franchise mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, würde wegfallen.

Von **Andreas Zeller**,
FDP-Nationalrat, Flawil

Fehlende Konkurrenz unter den Krankenversicherern sowie mangelnde Eigenverantwortung der Versicherten treiben nun aber den Preis weiter in die Höhe. Das Schweizer Gesundheitswesen braucht zweifellos Reformen. Gefragt sind dabei mehr Sparanreize auf allen Ebenen. Dazu ist aber nicht weniger, sondern mehr Wettbewerb erforderlich.



Andreas Zeller

Vergleich mit der AHV unzulässig

Die Initianten werben mit dem Slogan «Einfach, günstig, effizient – wie die AHV» und spielen dabei auf die schlanke Organisation, die tiefen Verwaltungskosten und die hohe Anlagerendite der AHV an. Dieser Vergleich ist zwar populär – nichtsdestotrotz aber falsch. Warum? Was macht die AHV? Sie kassiert über ein Netz von 80 rechtlich selbständigen und durchführungstechnisch autonomen Ausgleichskassen schweizweit einheitliche (!) Beiträge, verwaltet einen Fonds und zahlt Renten aus. Mehr nicht. Dass die AHV angesichts dieser doch eher einfachen Aufgabenstellung deutlich tiefere Verwaltungskosten als die Krankenkassen aufweist, ist nicht nur logisch, sondern geradezu zwingend. Bezüglich «Anlagerendite» nur soviel: Während die minimalen Reserven bei der AHV mit 100 Prozent einer Jahresausgabe definiert sind, liegt der entsprechende Wert bei der obligatorischen Krankenversicherung je nach Kassengrösse zwischen 13 und 20 Prozent der Prämieinnahmen und entspricht damit einer rei-

nen Liquiditätsreserve. Dass damit die Zusammensetzung des Portefeuilles anders als bei der AHV (rund 30 Prozent Aktienanteil) ausfällt und damit eine deutlich tiefere Rendite zu erzielen ist, leuchtet jedermann ein. Der Vergleich mit der AHV entpuppt sich somit als rein populistisch – oder kurzum als unzulässig.

Verwirrung total

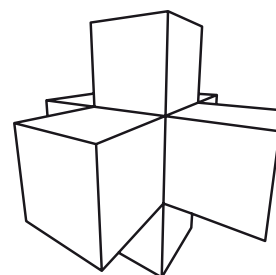
Wenige Wochen vor der Abstimmung herrscht totale Verwirrung darüber, wie die Initiative im Falle einer Annahme umgesetzt werden soll. Bis vor kurzem haben die Initianten einkommens- und vermögensabhängige Steuern statt der heutigen (durch Prämienverbilligungen sozial abgedeckten) Kopfprämien verlangt. Inzwischen ist die SP zum Ärger der Grünen ausgesichert und sagt: Die Kopfprämie bleibt, aber die Prämienverbilligung soll mit Geld aus dem Portemonnaie der Reichsten verdoppelt werden. Ermöglicht hat diese Pirouette der völlig unverbindlich formulierte Initiativtext.

Die SP hat erkannt, dass einkommens- und vermögensabhängige Prämien tendenziell den Mittelstand stärker belasten – vor allem dann, wenn die Bemessungsgrundlage (wie bei den meisten übrigen Sozialversicherungen) gegen oben plafoniert wird. Wer aber der Mittelschicht zusätzliche Lasten aufbürden will, der riskiert eine verheerende Abstimmungsschlappe. Deshalb präsentiert die SP jetzt in letzter Minute eine Rechnung zulasten der «reichsten zehn Prozent». Das tönt gut, denn hier haben viele keine Hemmungen, deutlich mehr Mittel abzuzweigen. Allerdings weist auch dieser Nachbesserungsversuch einen gravierenden Mangel auf: Wer Vermögen zu stark belastet, riskiert, dass exakt dieses Vermögen plötzlich verschwindet.

Wer profitiert – wer bezahlt?

Letztlich ist es fast nicht möglich, ernsthaft und seriös über die Finanzierung der geforderten Einheitskasse zu diskutieren. Von Lohnprozenten (verbunden mit der Konsequenz einer schweizweit ein-

heitlichen «Prämie») über den Mittelstand besonders belastende Einkommens- und Vermögenssteuern bis hin zu einer eigentlichen Reichtumssteuer ist praktisch alles möglich – allerdings mit völlig unterschiedlichen Gewinnern und Verlierern. Solange die Initianten selbst nicht wissen, was sie eigentlich wollen, würde das Stimmvolk «die Katze im Sack» kaufen. Auf eine solch unseriöse Ausgangslage gibt es aber nur eine Antwort: Mit einem klaren NEIN zurück an den Absender!




Agenda

März

- | | |
|-----|--|
| 5. | Beginn Frühjahrssession in Bern |
| 11. | Eidgenössische Abstimmung |
| 23. | Ende Frühjahrssession in Bern |
| 30. | Sekretären-Konferenz/PPK/GL |
| 30. | Verleihung Auslandschweizer-Preis |
| 31. | ord. Delegiertenversammlung (Winterthur) |

Marktwirtschaft und Zuckerwatte

sprisst weiss oder grün im Frühjahr	↖		↖	Schmiermittel der ganzen Wirtschaft	Couche-pins Kanton	Wilde Maus auf Berg- und Talfahrt	viele KMU's gehören zu dieser Berufsgruppe	↖	ideologische Propaganda in der Politik	↖		↖	schweizer-deutsches Fest oder Fête	EU-Uni-Währung 86400 Sekunden	↖	er brachte das Kapital zwischen Buchdeckel
Besitz an Boden oder Sachen	→	7											10			
				Heil dir Helvetia - mitten im Euroland	↖								bunter Papagei kurzes Inventar	→		
Kurort mit Thermen steckt mitten im Groll	→			↖	freisinnige Staats- u. Wirtschaftsauffassung				ragt auf Märkten bunt in den Himmel				russ. Männername furchtsame Nager	↖		
da gruselt's die Fahrgäste i. der Budenstadt	→							1						jede wel-sche Insel		Einsteins Monogramm
			8		blühen nicht nur in Amsterdam			bis 1950 der Name von Jakarta	→				9			dt. Begründer sozialer Marktwirtschaft
Farbe und unpolitisches Gift-signal				Grünzeug für Viehzeug	↖			geschichts-trächtige griechische Landschaft	→				windstille Seite Konkurrenz im Markt	→		
Unions-staat in Süd-Indien	↖			↖		2		brüllt auch im Tierkreis älteste deutsche Stadt	→			13				Arbeits-platz- auch für die Jungen
								Mass auf Elefanten-waagen	→						feierte sich 2006 als Fussball-weltmeister	
Phoenix ist Hauptstadt dieses 48. US-Staates	→			eher un-handliches Blasinstru-ment	→					leicht flüch-tige Stoffe			romani-scher Frauen-name	→		
Kontinent mit 60% der Erdbe-völkerung	→							Fürwort für jeden und jede	→	Zauntor oft feuchte Leuchten-stadt	→		11			
einst eine Grundlage der Foto-grafie	↖			Uljanow, erster Kopf des Kom-munismus	↖		Berlusconis Apfel Atatürks Vorname	↖				nicht gera-de jetzt, aber leicht später	→			
			3	alte Rössli-Reitschule Jahrmarkt-trompete	↖									6		Musiker finden sie auch im Geldbeutel
sagen vor Gericht aus Motor der Wirtschaft	→	12						zum Exempel oder zu Ehren	→			Stadt der Walzer und Sacher-torten	→			
							4	heiligt die Italienerin	↖		Labans äl-teste Tochter und Ja-kobs Frau	→			sine tem-pore, also ohne Ver-spätung	
Nickel freier Kauf u. Verkauf von Waren	↖			Fachzeit-schrift der Gastrono-mie	→						Offiziersge-sellschaft oder ohne Garantie			5	macht den Moritz zum Heiligen	
								sie richten sich nach der Nach-frage	→							

Preise:



Einen Roman oder ein Fachbuch – Sie haben die Wahl!

1.–3.Preis: Bücher-Gutschein im Wert von Fr. 20.–, einlösbar in allen Stauffacher-Filialen

So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 14. März 2007 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Veranstaltungshinweis

Notieren Sie sich bereits heute folgende Veranstaltungen in Ihrem Terminkalender:

30. Juni 2007 **Delegiertenversammlung
FDP Schweiz in Zug**
15. September 2007 **Parteitag der FDP Schweiz**

Auflösung Kreuzwörter Nr. 1/07

Liberal mit Pauken und Trompeten

Das richtige Lösungswort des Kreuzwörter Nr. 1/07 lautete: **Harmonisierung**.

Bis zum Redaktionsschluss sind 254 richtige Antworten bei uns eingegangen.



Chantal Heiniger zog die Gewinner.



1.–3. Preis je ein Badeöl-Set von BIOKOSMA

Chantal Heiniger, Praktikantin, zog folgende Gewinner/innen:

- Frau Doris Thiel, 4562 Biberist
- Herr Erich Weder, 9444 Diepoldsau
- Herr Conrad Schaninger, 6014 Littau

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

C	A	G	B	S
G	A	S	D	U
S	T	A	A	T
H	A	R	M	O
T	M	R	E	R
P	R	U	E	G
I	N	T	E	R
S	E	S	A	N
N	P	D	D	T
W	I	V	E	R
A	T	E	M	S
E	H	R	L	I
A	L	E	S	P
M	A	S	M	I
P	O	S	A	U
A	L	T	N	E
C	L	A	I	R

Intern

Herzliche Gratulation!



Die FDP Schweiz gratuliert ihrer Stv. Leiterin Fraktion & Politik, Petra Studer, zu ihrem Wahlergebnis anlässlich der Landratswahlen im Kanton Baselland. Die Laufener Stadträtin und Präsidentin der FDP Laufener ist erster Ersatz fürs Baselländer Kantonsparlament. In Petras Wahlbezirk Laufener konnte die FDP um 4% zulegen und ist mit einem Wähleranteil von 27% neu stärkste Partei.

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn»: Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehn Mal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse Preis pro Ausgabe

1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben:	5%
bei 6 Ausgaben:	10%
bei 10 Ausgaben:	15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-
gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, +41 31 320 35 30

WAHL- FREIHEIT AUFGEBEN?

**NEIN
DANKE!**

11. März 2007

